

Intergruppenbeziehungen und interkulturelle Politik in Frankfurt

Bericht im Rahmen des europäischen Städtenetzwerkes CLIP:
Cities for Local Integration Policies

Doris Lüken-Klaßen und Franziska Pohl

europäisches forum für migrationsstudien (efms),
Universität Bamberg



Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

STUTTGART



STADT  FRANKFURT AM MAIN

Intergruppenbeziehungen und interkulturelle Politik in Frankfurt

Doris Lüken-Klaßen und Franziska Pohl
August 2009

europäisches forum für migrationsstudien

Institut an der Universität Bamberg

Katharinenstraße 1

D-96052 Bamberg

Tel 0951-932020-0

Fax 0951-932020-20

efms@uni-bamberg.de

<http://www.efms.de>

Leitung

Prof. Dr. Friedrich Heckmann



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung	6
1 Nationale Rahmenbedingungen interkultureller Politik	7
1.1 Zuwanderungsgeschichte und Zusammensetzung der Bevölkerung.....	7
1.2 Religiöse muslimische Organisationen in Deutschland.....	11
1.3 Der nationale politische Kontext	12
2 Die Stadt Frankfurt und ihre Einwohner	14
2.1 Kurze Vorstellung der Stadt Frankfurt	14
2.2 Frankfurts Bevölkerung mit Migrationshintergrund	14
2.3 Frankfurts muslimische Bevölkerung	18
2.4 Migrantenorganisationen in Frankfurt.....	21
2.4.1 Ethnische und kulturelle Migrantenorganisationen	21
2.4.2 Religiöse Organisationen	21
3 Intergruppenbeziehungen in Frankfurt	24
3.1 Öffentliche Diskurse, Themen und Interessen.....	24
3.2 Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen in Frankfurt	26
3.3 Intergruppenbeziehungen und Radikalisierung.....	28
3.3.1 Radikalisierung innerhalb der Mehrheitsbevölkerung	29
3.3.2 Radikalisierung innerhalb der Migrantenbevölkerung.....	30
4 Interkulturelle Politik in Frankfurt	31
4.1 Frankfurts integrationspolitischer Ansatz.....	31
4.1.1 Politische und administrative Verantwortlichkeit für Integration	31
4.1.2 Leitlinien und Ziele der Integrationspolitik	33
4.1.3 Politische Teilhabe der Migranten	34
4.2 Interkulturelle Initiativen zur Verbesserung von Intergruppenbeziehungen	34
4.2.1 Beratung und finanzielle Unterstützung für Migrantenorganisationen.....	35
4.2.2 Migranten als Mediatoren und Multiplikatoren.....	35
4.2.3 Polizei und Migrantinnen und Migranten im Dialog.....	37
4.2.4 Zusammenleben im Stadtteil	38
4.2.5 Der Rat der Religionen.....	39



4.2.6	Die Interkulturellen Wochen.....	41
4.2.7	Die ‚Frankfurter Bühne‘	41
4.2.8	Projekte zur Verbesserung der Beziehungen zu Muslimen.....	42
4.2.9	Maßnahmen gegen Radikalisierung.....	43
4.3	Öffentlichkeitsarbeit: Strategien der Stadtverwaltung und der lokalen Medien	44
4.3.1	Die städtische Kommunikationsstrategie	44
4.3.2	Medienberichterstattung in Frankfurt.....	45
5	Fazit: Herausforderungen und Empfehlungen.....	46
	Literaturverzeichnis	49
	Interviewpartner.....	52



Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Migrationshintergrund der Bevölkerung (Deutschland, 31.12.2007)</i>	8
<i>Abbildung 2: Ausländer nach Staatsangehörigkeit (Deutschland, 31.12.2008).....</i>	9
<i>Abbildung 3: Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit (Deutschland, 31.12.2007).....</i>	10
<i>Abbildung 4: Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung Frankfurts (2007).....</i>	15
<i>Abbildung 5: Religionszugehörigkeit der Frankfurter Bevölkerung (2007).....</i>	17
<i>Abbildung 6: Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung nach Religion (2003).....</i>	18
<i>Abbildung 7: Frankfurts muslimische Bevölkerung nach Herkunftsland (2006).....</i>	19
<i>Abbildung 8: Anteil der Muslime in den Stadtteilen (2006).....</i>	20
<i>Abbildung 9: Mitglieder des Rates der Religionen (2009).....</i>	39
<i>Abbildung 10: Eindrücke von der ‚Frankfurter Bühne‘ (2008).....</i>	42



Vorwort

Alle europäischen Städte locken Zuwanderer¹ aus aller Welt an, wodurch ihre Bevölkerungsstrukturen zunehmend „bunter“ werden. Einerseits haben Städte die Chance, von dieser Bereicherung durch Zuwanderung zu profitieren. Andererseits haben sie auch die Herausforderung zu bewältigen, kulturell und ethnisch heterogene Bevölkerungsgruppen in die kommunale Gesellschaft zu integrieren und den Zusammenhalt der Bevölkerung zu gewährleisten.

Um die Bewältigung dieser Herausforderungen europaweit zu unterstützen, gründeten der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats, die Stadt Stuttgart und die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) im Frühjahr 2006 das europäische Städtenetzwerk *Cities for Local Integration Policies* (CLIP). Das CLIP-Netzwerk bringt rund 35 europäische Städte zu einem gemeinsamen Lernprozess zusammen: Mittels eines strukturierten Erfahrungsaustauschs können kommunale, nationale und europäische Behörden und politische Entscheidungsträger von- und miteinander lernen und somit effektivere Integrationspolitiken für Migranten umsetzen.

Der Lernprozess wird von Wissenschaftlern aus sechs renommierten Forschungsinstituten begleitet.² Die Verantwortung für den Bericht über die Stadt Frankfurt liegt beim *europäischen forum für migrationsstudien (efms)* in Bamberg.³ In Zusammenarbeit mit der Ansprechpartnerin der Frankfurter Stadtverwaltung, Helga Nagel, wurden im Winter 2008 die für diesen Bericht erforderlichen Informationen gesammelt; im Februar 2009 wurden zahlreiche lokale Experten interviewt, unter anderem Mitarbeiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA), Vertreter der Kommunalen Ausländervertretung, der Politik, Migrantenorganisationen, Religionsgemeinschaften, der Polizei und der Medien. Sie stellten Berichte und Statistiken zur Verfügung und lieferten lokales Expertenwissen, ohne welches diese Studie nicht hätte geschrieben werden können. Ich danke allen beteiligten Experten, die zum Gelingen dieses Projekts beigetragen haben!

Doris Lüken-Klaßen und Franziska Pohl

August 2009

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird auf die zusätzliche Verwendung der weiblichen Form verzichtet, gemeint sind immer beide Geschlechter.

² Die sechs Institute sind das europäische forum für migrationsstudien (efms) in Bamberg, das Centre for Migration Policy Research (CMPR) in Swansea, das Forum of International and European Research on Immigration (FIERI) in Turin, das Institute for Migration and Ethnic Studies (IMES) in Amsterdam, das Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR) in Wien und das Institute of International Studies in Wrocław.

³ Das Copyright für diesen Bericht liegt bei Eurofound: © European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2009, Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland.



Einleitung

Aufgrund von Zuwanderung werden die Städte Europas zunehmend heterogener; sie werden zu einem „Sammelbecken“ vielfältiger Ethnien, Kulturen und Religionen. Die entstehenden multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Gesellschaftsstrukturen bringen einerseits Chancen für die Städte mit sich. Andererseits stellt die Heterogenität europäischer Städte vor neue Herausforderungen: Es gilt, friedliche Beziehungen zwischen teils sehr verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu etablieren und aufrecht zu erhalten. Das dritte Modul des CLIP-Projekts untersucht daher die Beziehungen zwischen lokalen Gruppen, kommunale Politiken zur Verbesserung dieser Beziehungen sowie die Einschätzung der städtischen Maßnahmen durch Vertreter von Migrantenorganisationen, Religionsgemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen (NROs).

Bei der Untersuchung von ‚Intergruppenbeziehungen‘ werden unterschiedliche lokale Gruppen betrachtet. Das Konzept der ‚Gruppe‘ hat in den Sozialwissenschaften grundsätzlich zwei Bedeutungen: Zum einen steht die ‚Gruppe‘ für stabile, real existierende Interaktionsstrukturen zwischen Personen; Beispiele für solche Gruppen sind Moscheevereine, Wohlfahrtsträger, die Stadtverwaltung oder der Stadtrat. Neben diesen ‚realen Gruppen‘ kann die Sozialwissenschaft unter ‚Gruppe‘ auch eine ‚soziale Kategorie‘ verstehen, wie ‚die Gruppe der Türken‘ einer Stadt oder ‚die Gruppe der Christen‘. Hierbei werden real existierende Beziehungen zwischen den Personen innerhalb der Kategorie nicht notwendigerweise vorausgesetzt (vgl. Heckmann 2003: 3f.). Im Rahmen dieses CLIP-Moduls werden die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gruppen betrachtet. Ein besonderer Fokus wird dabei auf die Beziehungen zu muslimischen Gemeinden gelegt, weil der Islam bei weitem die größte ‚neue‘ Religion in europäischen Einwanderungsländern ist, weil Muslime als besonders abgekoppelt von der europäischen Lebensweise (was auch immer diese sein mag) wahrgenommen werden und weil muslimische Zuwanderer im Vergleich zu anderen Zuwanderungsgruppen häufiger Diskriminierung und Vorurteilen erfahren.

Die vorliegende Studie basiert auf der Auswertung eines Fragebogens, den die CLIP-Forschungsgruppe entwickelt und städtische Mitarbeiter ausgefüllt haben, auf Sekundärliteratur und Interviews mit lokalen Experten, die im Frühjahr 2009 durchgeführt wurden.

Da die Situation auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle spielt, beginnt der Bericht mit Hintergrundinformationen über Deutschland (Kapitel 2), bevor er die Stadt vorstellt (Kapitel 3). Die darauf folgenden Kapitel beschreiben lokale interkulturelle Politiken (Kapitel 4) sowie spezifische Politiken in Bezug auf Muslime (Kapitel 5). Kapitel 6 stellt die Kommunikationsstrategien der Stadt und der lokalen Medien dar. Radikalisierung, extremistische politische und religiöse Positionen – sowohl innerhalb der Mehrheits- als auch der Migrantenbevölkerung – sind Gegenstand des Kapitels 7. Die Studie endet mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen (Kapitel 8).



1 Nationale Rahmenbedingungen interkultureller Politik

Der erste Teil dieses Kapitels beschreibt die Zuwanderungsgeschichte Deutschlands sowie die daraus resultierende Zusammensetzung der Gesellschaft; der zweite Teil gibt einen Überblick über die deutsche Integrationspolitik.

1.1 Zuwanderungsgeschichte und Zusammensetzung der Bevölkerung

In Deutschland finden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs enorme Migrationsprozesse statt. Zwischen 1945 und dem Anfang der 1950er Jahre kamen circa 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten Europas nach Deutschland. Zudem zogen bis zum Bau der Berliner Mauer (1961) 3,8 Millionen Menschen von Ost- nach Westdeutschland.

Während die Wanderungsprozesse in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren auf den Krieg und seine Nachwirkungen zurückgingen, so war die Einwanderung von den späten 1950er bis Anfang der 1970er Jahre hauptsächlich das Ergebnis von Arbeitsmarktprozessen: Das Zusammenspiel von hohem Wirtschaftswachstum und konjunkturell bedingtem Arbeitskräftemangel führte zu einer kontinuierlich zunehmenden Anwerbung ausländischer Gastarbeiter. Der erste Vertrag zur Anwerbung ausländischer Gastarbeiter wurde 1955 mit Italien unterzeichnet. Dieser Übereinkunft folgten weitere mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1961), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968).⁴

Die Anwerbung wurde 1973 aufgrund der Ölkrise gestoppt. Zu dieser Zeit lebten etwa vier Millionen Ausländer in Deutschland. Seitdem ist die Familienzusammenführung eine der bedeutendsten Zuwanderungsformen. Die Staatsangehörigen der früheren Entsendeländer und ihre Familien stellen noch heute den größten Anteil an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (vgl. Borkert et al. 2007: 15, Özcan 2007: 2 ff.).

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs begann Ende der 1980er Jahre eine neue Phase der deutschen Migrationsgeschichte: Immigranten aus mittel- und osteuropäischen Staaten ließen sich in Deutschland nieder, insbesondere Aussiedler und Spätaussiedler.⁵ Zwischen 1990 und 2007 kamen 2,5 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler nach Deutschland. In den letzten Jahren sank die Zahl der neu ankommenden Spätaussiedler jedoch beständig (vgl. BMI 2008: 51).

⁴ Auch die DDR rekrutierte so genannte Vertragsarbeiter. Diese kamen vor allem aus Vietnam. Die Einwanderung in die DDR fiel jedoch wesentlich geringer aus als die in die Bundesrepublik.

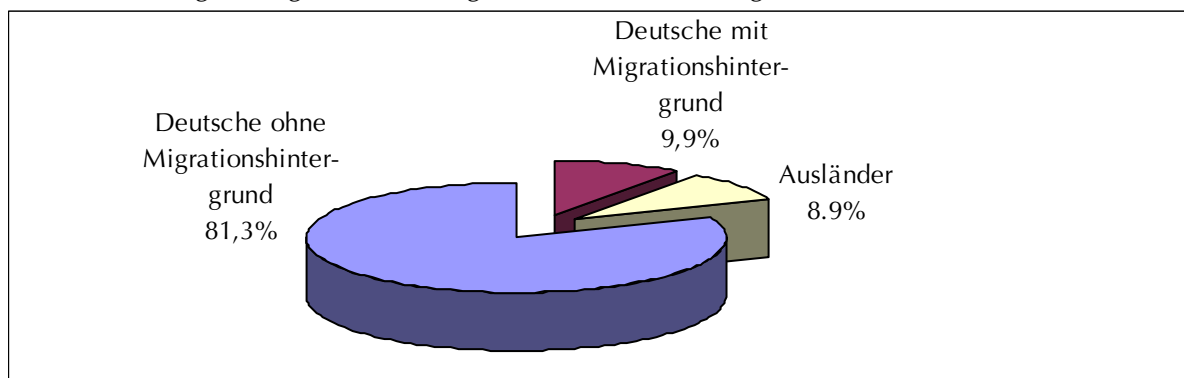
⁵ Bis 1992 wird diese Personengruppe als Aussiedler bezeichnet. Mit der Neufassung des Bundesvertriebengesetzes werden diejenigen, die ab dem 1.1.1993 eingewandert sind, als Spätaussiedler bezeichnet (§ 4 BVFG).



Eine weitere bedeutende Gruppe von Migranten bilden Flüchtlinge und Asylbewerber. Zwischen 1990 und 2007 ersuchten 2,25 Millionen Menschen, insbesondere aus Jugoslawien, dem Iran und Afghanistan (politisches) Asyl in Deutschland. Im Jahr 2007 lebten rund 650.000 Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland (vgl. BMI 2008: 99, 116).

Als Folge der Zuwanderung stieg die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund, also die Zahl der Ausländer, der eingebürgerten Deutschen und der Nachkommen von Einwanderern, beständig an. Laut Mikrozensus-Daten aus dem Jahr 2007 stellen Ausländer 8,9% und Deutsche mit Migrationshintergrund weitere 9,9% der Bevölkerung. Somit haben rund 18,7% der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund, was etwa 15,4 Millionen Menschen entspricht (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: Tab. 1; vgl. Abbildung 1).⁶

Abbildung 1: Migrationshintergrund der Bevölkerung (Deutschland, 31.12.2007)



Quelle: Zusammenstellung des efms nach Daten des Statistisches Bundesamt 2008: Tab. 1

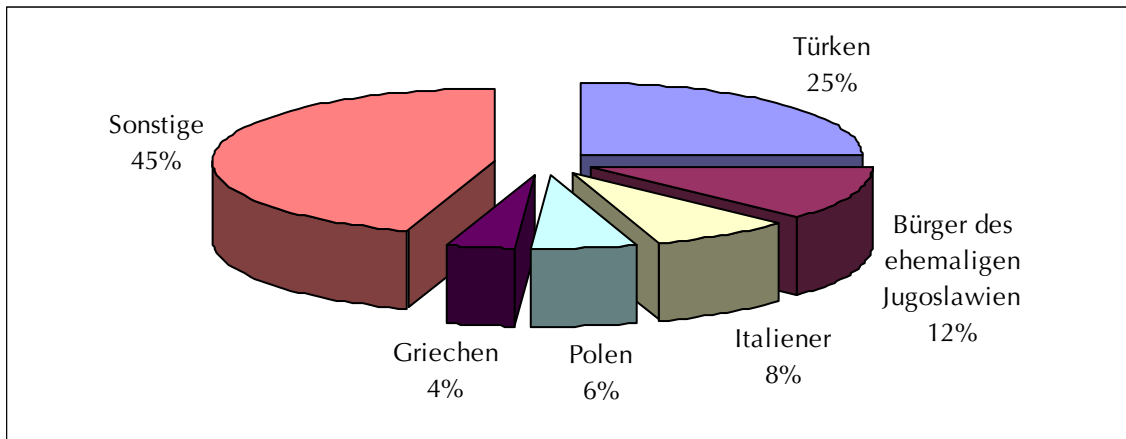
Von diesen Einwohnern mit Migrationshintergrund besitzen rund zwei Drittel eine unmittelbare Migrationserfahrung; das andere Drittel wurde in Deutschland geboren und hat daher keine persönliche Migrationserfahrung (vgl. Statistisches Bundesamt 2006: 75).

Bisher existieren keine offiziellen Statistiken zur Herkunft der Einwohner mit Migrationshintergrund; lediglich die Staatsbürgerschaft der Ausländer wird in offiziellen Statistiken erhoben. Von den 6,7 Millionen Ausländern, die im Dezember 2008 in Deutschland lebten, stellen Türken mit einer Gesamtzahl von 1,69 Millionen Menschen die größte Gruppe von ausländischen Staatsbürgern (25%). Die zweitgrößte Gruppe stellen Bürger der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (12%), gefolgt von Italienern (8%), Polen (6%) und Griechen (4%) (vgl. Abbildung 2). 34% der Ausländer sind Bürger eines EU-Mitgliedstaats (vgl. Statistisches Bundesamt 2009: 30 ff.).

⁶ Daten bezüglich des Migrationshintergrundes werden in den offiziellen nationalen Bevölkerungsstatistiken erst seit 2005 erhoben. Aus diesem Grund beziehen sich viele Statistiken in dieser Studie lediglich auf die in Deutschland lebenden Ausländer und nicht auf die gesamte Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund.



Abbildung 2: Ausländer nach Staatsangehörigkeit (Deutschland, 31.12.2008)



Quelle: Zusammenstellung des efms nach Daten des Statistisches Bundesamt 2009: 30 ff.

Die Zuwanderer haben auch die religiöse Landschaft Deutschlands verändert: Die Einwanderung aus dem Südwesten Europas führte zu einem Anstieg der Anzahl von Katholiken in Deutschland; die Zuwanderung aus der Türkei und anderen muslimisch geprägten Ländern brachte den Islam verstärkt ins Land. Mit den Migranten aus Osteuropa vergrößerten sich schließlich jüdische Gemeinschaften sowie orthodoxe und freie Kirchen.

Offizielle Daten über die Größe der religiösen Gemeinschaften existieren in Deutschland nicht, da deutsche Behörden lediglich die Mitgliedschaft in Körperschaften des öffentlichen Rechts erfassen, die ihre Steuern über den Staat einziehen. Dies ist traditionell für die katholische und die evangelische Kirche der Fall; zudem sind auch verschiedene kleine christliche Gemeinden, die Zeugen Jehovas und der Zentralrat der Juden in Deutschland Körperschaften des öffentlichen Rechts.⁷ In der Praxis erfassen die meisten Kommunen jedoch lediglich die Zugehörigkeit zur katholischen und evangelischen Kirche; Angehörige anderer Religionen – auch des Judentums und Islams – werden in der Regel unter ‚Sonstige‘ registriert.⁸ Zahlen über muslimische Einwohner sind Schätzungen, die meist auf Zuwanderungs- und Einbürgerungsstatistiken beruhen. Darüber hinaus wird die Anzahl der Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit auf Basis des letzten Zensus aus dem Jahr 1987 geschätzt.

Die größten religiösen Gemeinschaften stellen die christlichen Kirchen: 25,5 Millionen Einwohner sind Mitglieder der katholischen (31%) und 24,8 Millionen der evangelischen Kirche (30,2%). Laut Schätzungen des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienst e. V. REMID leben zudem rund 3,5 Millionen Muslime in Deutschland (4,3%). Ge-

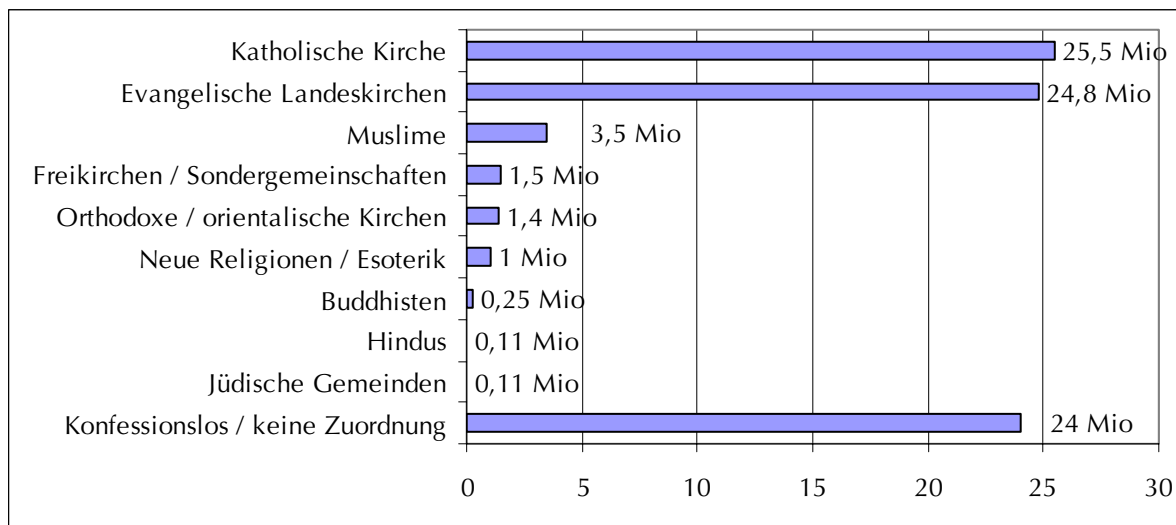
⁷ Prinzipiell kann jede Religionsgemeinschaft diesen Status von den Bundesländern verliehen bekommen, solange sie die erforderlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt.

⁸ Einige Kommunen, z. B. Stuttgart, differenzieren stärker und verwenden die zusätzlichen Unterkategorien ‚andere Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind‘ (z. B. Alt-katholisch und Israelitisch) und ‚Unbekannt‘ (hauptsächlich Kinder). Das Ausländerzentralregister (AZR) erfasst das Merkmal ‚Religion‘ überhaupt nicht.



geschätzte 1,5 Millionen sind Mitglieder von Freikirchen (1,8%), 1,4 Millionen sind Mitglieder orthodoxer oder orientalischer Kirchen (1,7%) und rund eine Millionen Menschen können als Angehörige so genannter ‚neuer Religionen/esoterischer Gruppen‘ bezeichnet werden. Die knapp 0,25 Millionen Buddhisten stellen 0,3% der Gesamtbevölkerung, die 0,11 Millionen Hindus und 0,11 Millionen Mitglieder jüdischer Gemeinden jeweils 0,1%. 24 Millionen Personen sind konfessionslos oder können nicht in die bestehenden Kategorien eingeordnet werden (29,2%) (Daten von 2007; erfasst vom Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienst e. V. REMID: 2009b, vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit (Deutschland, 31.12.2007)



Quelle: REMID 2009b

Der Islam hat sich folglich nach dem Christentum zur zweitgrößten Religion in Deutschland entwickelt; die Anzahl der aus muslimischen Ländern stammenden Menschen hat sich fortwährend erhöht. Somit lohnt es sich, einen genaueren Blick auf die in Deutschland lebenden Muslime zu werfen, die keine homogene Gruppe oder Gemeinschaft bilden, sondern, ganz im Gegenteil, bezüglich ihrer Ethnizität und Glaubensrichtung sehr heterogen sind.

Die Mehrheit der Muslime in Deutschland sind Sunniten: Laut REMID (2009a) leben rund 2,64 Millionen Sunniten in Deutschland; laut Bundesministerium des Innern (BMI 2009) sind es nur rund 2,5 Millionen. Schiiten bilden eine weitere große muslimische Gruppe in Deutschland: Geschätzte 200.000 (BMI 2009) bis 225.000 (REMID 2009a) Muslime gehören dieser Glaubensrichtung an. Die Aleviten zählen zwischen 400.000 (REMID 2009a) und 500.000 (BMI 2009) Menschen. Andere Strömungen des Islam – wie die Ahmadiyya-Gemeinschaft mit rund 50.000, die Sufi-Gemeinschaft mit rund 10.000 und die Ismaeliten mit rund 1.900 Angehörigen – spielen keine quantitativ signifikante Rolle in Deutschland (REMID 2009a).

Bei der Unterscheidung nach nationaler Herkunft ergibt sich folgendes Bild: Unter den schätzungsweise 3,5 Millionen Muslimen in Deutschland sind 1,8 Millionen Türken,



160.000 Bosnier, 70.000 Marokkaner, 60.000 Iraner und 55.000 Afghanen. Rund eine Million besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft, meist Menschen mit türkischem Hintergrund. Folglich hat der Islam in Deutschland einen größtenteils türkisch geprägten Charakter; mehr als 90% der Muslime in Deutschland sind nicht-arabischer Herkunft (vgl. BMI 2009).

1.2 Religiöse muslimische Organisationen in Deutschland

Die Organisationsstruktur der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland ist äußerst heterogen und komplex. In Deutschland existieren rund 2.500 muslimische Organisationen und Gemeinschaften, zumeist Moscheevereine; ein Großteil dieser ist in Dachverbände eingebunden. Die größten und politisch bedeutendsten sind die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DİTİB), der Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD), der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ) und die Alevitische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (AABF) (BMI 2009, Deutscher Bundestag 2000, 2006).

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (auf Türkisch: Diyanet İşleri Türk-İslam Birliği – DİTİB) wurde 1984 zur Unterstützung der in Deutschland lebenden Türken gegründet. DİTİB ist eine dem türkischen Religionsministerium angehörige Organisation, ihre Hauptbetätigungsfelder sind islamischer Religionsunterricht, der Bau von Moscheen sowie Bildungsarbeit. Mit rund 870 lokalen Vereinen, die mehr als 110.000 Muslime vertreten, ist sie die mit Abstand größte türkisch-islamische Dachorganisation in Deutschland.

Auch der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ), der aus landesweit etwa 250 Moscheegemeinden besteht, ist eine türkisch dominierte Organisation. Der VIKZ vertritt eine traditionelle und orthodoxe Glaubensrichtung des Islam; seine Aktivitäten konzentrieren sich auf religiöse Angebote wie Koranunterricht sowie spirituelle und kulturelle Angebote.

Die türkisch dominierte Alevitische Gemeinde in Deutschland e.V. (AABF) wird als eine religiös wie politisch liberale Vereinigung angesehen. Sie umfasst rund 120 Mitgliedsvereine. In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Berlin und Bayern ist die AABF rechtlich als Religionsgemeinschaft anerkannt und seither berechtigt, Religionsunterricht in öffentlichen Schulen dieser Länder anzubieten.

Zusätzlich wurden zwei Räte gegründet, die mehrere ethnische Gruppen und religiöse Strömungen vertreten: der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD) und der Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD).

Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD) zielt auf die Vereinigung der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland sowie die rechtliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft. 17 bundesweite, zehn landesweite und einige regionale und lokale Vereine gehören dem Islamrat an. Die mitgliederstärkste und wichtigste dieser Organisationen ist die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG), die in Deutschland 274 Mitgliedsvereine



aufweist. Nach Angaben des Verfassungsschutzes vertritt die Organisation rund 27.000 Mitglieder (2007). Millî Görüş legt besonderen Wert auf Bildungsarbeit für junge Menschen. Des Weiteren arbeitet sie eng mit der muslimischen Zeitung 'Millî Gazete' zusammen. Der Verfassungsschutz stuft Millî Görüş als politisch extremistische Organisation ein.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD) besteht aus 19 unterschiedlichen Organisationen, darunter auch 300 lokale Moscheevereine. Insbesondere nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 gewann der Zentralrat auf Grund seiner effektiven Öffentlichkeitsarbeit einige Aufmerksamkeit und wurde zu einer Anlaufstelle für deutsche Behörden und einem Dialogpartner bei zahlreichen interreligiösen Aktivitäten.

Im April 2007 formten die vier Organisationen DİTİB, VIKZ, IRD und ZMD den Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM). Dieser Zusammenschluss ist zu begrüßen. Da die Muslime in Deutschland jedoch nur zu einem geringen Teil in Vereinen organisiert sind, kann keine Dachorganisation – auch nicht der KRM – tatsächlich für die gesamte Gemeinschaft der Muslime in Deutschland sprechen. In Deutschland sind schätzungsweise lediglich 10 bis 15% der Muslime formale Mitglieder religiöser Vereine (BMI 2009, Deutscher Bundestag 2000, 2006).

1.3 Der nationale politische Kontext

In Deutschland wird die nationale Integrationspolitik stark von der gesellschaftlichen Definition der Migrationssituation beeinflusst. Diese spiegelt das Verständnis wider, welches politische und soziale Akteure von den gegenwärtigen Migrationsprozessen haben. Während der gesamten Phase der Anwerbung von Arbeitsmigranten gab es in der Gesellschaft und in politischen Kreisen einen Konsens darüber, dass der Aufenthalt von Gastarbeitern nur temporär sein und deren Integration daher nur partiell erfolgen sollte. Bis zum Jahr 1998 lautete die offizielle Definition der Regierung: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Diese Auffassung wurde durch das deutsche Nationskonzept einer ethnischen Abstammungsgemeinschaft gestärkt: Die deutsche Nation definierte sich als eine Herkunftsgemeinschaft mit gemeinsamer Kultur und Geschichte – und die Einbeziehung von Einwanderern in diese Nation wurde als eine Ausnahme von der Regel betrachtet (vgl. Heckmann 2003: 45, Heckmann 2004: 206).

Folglich existierten über Jahrzehnte hinweg keine umfassende Strategie zur Integration von Einwanderern und kaum eine offizielle Politik zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Einwanderern und Einheimischen (vgl. Heckmann 2003). Dasselbe gilt für Politiken in Bezug auf die Religion der Migranten, im Besonderen für den Islam. „Da der Islam offiziell als ‚Gast-Religion‘ angesehen wurde, gegenüber der der Staat keine rechtliche Verpflichtung besaß, war Deutschland schlecht vorbereitet, um auf die religiösen Bedürfnisse seiner wachsenden Bevölkerung zu reagieren“ (Fetzer/Soper 2005: 102, eigene Übersetzung).



Gleichwohl wurde die Integration von Migranten seit den 1970er Jahren als notwendig erachtet und über die Jahre ein mehrschichtiges System aus Programmen und Projekten zur Unterstützung der Integration und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Bevölkerungsgruppen entwickelt. Migrantenspezifische Maßnahmen waren dabei von geringerer Bedeutung, stattdessen blieb das zentrale Instrument der deutschen Integrationspolitik die Einbindung der Einwanderer in das allgemeine Sozialsystem.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends setzte sich auf politischer Ebene allmählich der Grundsatz durch, dass die zugewanderte Bevölkerung systematisch und aktiv in die Gesellschaft integriert werden sollte: Im Jahr 2000 führte die Regierung ein offeneres Staatsbürgerrecht ein, welches nicht mehr nur noch auf dem ethnischen Abstammungsprinzip (*jus sanguinis*) beruht, sondern auch das Prinzip des Geburtsortes (*jus soli*) mit einschließt. Im Jahr 2005 wurde das so genannte Zuwanderungsgesetz verabschiedet, welches die Notwendigkeit einer umfassenden Integrationsstrategie anerkennt. Als ein Ergebnis wurde ein Nationaler Integrationsplan entwickelt.

Zusätzlich zu diesen Entwicklungen initiierte das Bundesministerium des Innern 2006 die Deutsche Islam Konferenz (DIK). Diese soll den Rahmen eines mehrjährigen Kommunikationsprozesses zwischen der Regierung und Vertretern der muslimischen Bevölkerung in Deutschland bilden und die gesellschaftliche Integration der Muslime in Deutschland verbessern. Die DIK besteht aus 30 permanenten Mitgliedern – 15 Vertreter der deutschen Regierung sowie 15 Vertreter der muslimischen Bevölkerung – die einmal jährlich im Plenum zusammenkommen. Fünf der muslimischen Vertreter gehören den erwähnten Dachverbänden an. Da vermutlich weniger als 15% der muslimischen Bevölkerung in Deutschland Mitglieder einer muslimischen Organisation sind, wurden auch zehn Vertreter eines modernen, säkularen Islam aus dem privaten, gesellschaftlichen, akademischen und kulturellen Bereich eingeladen. Des Weiteren wurden vier beratende Gremien eingerichtet, die sich alle zwei Monate treffen.⁹ Die bisherigen Hauptergebnisse der DIK sind eine Übereinkunft über die Notwendigkeit der Einführung eines muslimischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Deutschland, eine Liste von Vorschlägen hinsichtlich des interreligiösen Gemeindelebens sowie eine gemeinsame Definition des Begriffs ‚Integration‘. Die DIK war Mittelpunkt zahlreicher kontroverser Diskussionen. Während einige Politiker und Vertreter der Muslime die Zusammensetzung der Konferenz kritisieren und an der Notwendigkeit oder Ernsthaftigkeit ihrer Ziele zweifeln, loben andere die Konferenz als einen wichtigen, längst überfälligen Schritt, der endlich die tatsächliche Bedeutung des Islam in Deutschland anerkennt.

⁹ Die vier Gremien bestehen aus den Mitgliedern der DIK sowie rund 100 externen Experten und Wissenschaftlern. Drei Arbeitsgruppen befassen sich mit den Themen ‚Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens‘, ‚Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis‘ und ‚Wirtschaft und Medien als Brücke‘; ein Gesprächskreis diskutiert das Thema ‚Sicherheit und Islamismus‘.



2 Die Stadt Frankfurt und ihre Einwohner

Dieses Kapitel stellt die Stadt Frankfurt und die Zusammensetzung und Charakteristika ihrer Bevölkerung vor, insbesondere der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund und der muslimischen Einwohner, und beschreibt kulturelle und religiöse Migrantenorganisationen und ihre Ziele.

2.1 Kurze Vorstellung der Stadt Frankfurt

Die hessische Großstadt Frankfurt am Main ist Deutschlands fünftgrößte Stadt. Im September 2008 hatte sie 676.197 Einwohner (Stadt Frankfurt 2008a). International ist Frankfurt als Deutschlands führendes Finanzzentrum bekannt. Mehr als 300 nationale und internationale Banken, unter ihnen die Europäische Zentralbank (EZB) und die Deutsche Bundesbank, haben ihren Sitz in Frankfurt. Die Stadt ist auch unter den führenden Standorten für Unternehmen in Europa und profitiert von ihrer außerordentlichen Infrastruktur, inklusive Europas größtem Flughafen und dem drittgrößten Messegelände der Welt.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen lag 2006 bei 50.014 Milliarden Euro. Dies waren 84.578 Euro pro Erwerbstätigem und somit das höchste BIP pro Erwerbstätigem aller deutschen Städte (Stadt Frankfurt 2008c). Frankfurt hat zudem die höchste Arbeitsplatzdichte Deutschlands – 2006 kamen auf 1.000 Einwohner 911 Stellen (Stadt Frankfurt 2008b). Dies ist auch durch die vielen Pendler bedingt: 66,3% aller in Frankfurt erwerbstätigen Personen wohnten nicht in der Stadt, sondern pendelten nach Frankfurt (Stadt Frankfurt 2008c).

Im Jahr 2005 waren von den Einwohnern Frankfurts 48% sozialversicherungspflichtig erwerbstätig, davon 62% als Angestellte, 18% als Arbeiter, 15% waren selbständig und weitere 5% Beamte. Die Arbeitslosenquote in Frankfurt ist tendenziell fallend: von 10,8% im August 2006 auf 8,3% im August 2009 (Bundesagentur für Arbeit 2006, 2009).

Als Ergebnis des Strukturwandels und der Verschiebung hin zu einem dienstleistungsorientierten Wirtschaftssystem stieg die Anzahl der Stellen im tertiären Sektor an. Zudem haben die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Bereichen der einfachen Dienstleistungen und im Sicherheitsdienst zugenommen. Gleichzeitig gingen viele gut bezahlte Arbeitsplätze für Fachkräfte wegen des Rückgangs des Industriesektors verloren. Diese Entwicklung hat zu einer Polarisierung der Qualifikationsstrukturen der Beschäftigten geführt: Der Anteil der beschäftigten Akademiker sowie der gering qualifizierten Arbeitnehmer stieg seit den 1990er Jahren deutlich an, im Gegensatz dazu fiel die Anzahl der qualifizierten Arbeitnehmer ohne Hochschulabschluss auf einen Tiefstand (Sautter 2004: 6).

2.2 Frankfurts Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Frankfurt hat eine lange Zuwanderungstradition. Zwischen den 1960er und den frühen 1970er Jahren war die Stadt eines der wichtigsten Ziele für Gastarbeiter. Die meisten Ar-

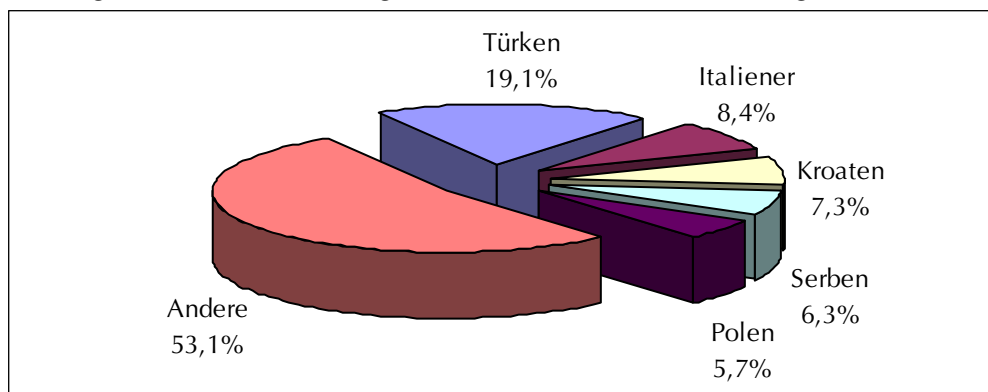


beitsmigranten kamen aus Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei. Der Anwerbestopp von 1973 beendete die Gastarbeiterzuwanderung. Viele der Arbeiter beschlossen zu der Zeit, nicht in ihre alte Heimat zurückzukehren, sondern sich in Frankfurt niederzulassen und ihre Familien zu sich zu holen; Familienzusammenführung wurde zur wichtigsten Form der Zuwanderung in die Stadt und blieb es bis heute. In den 1990er Jahren waren Spätaussiedler aus der früheren Sowjetunion, Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und Asylantragssteller die drei größten Zuwanderergruppen.

Im September 2008 lebten 167.416 Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Frankfurt, was einem Viertel (24,8%) der Bevölkerung entspricht (Stadt Frankfurt 2008a). Der Anteil aller Personen mit Migrationshintergrund ist deutlich höher als die Ausländerquote; Ende 2007 liegt er bei 37,7% (Stadt Frankfurt 2008c: 17). Das städtische Statistische Amt¹⁰ bezeichnet diese Personengruppe als Einwohner mit Migrationshinweis und zählt hierzu Ausländer, Deutsche, die neben der deutschen auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, eingebürgerte Deutsche und im Ausland Geborene. Unter den in Frankfurt geborenen Kindern haben bereits zwei Drittel einen Migrationshinweis.

Da das städtische Statistikamt erst kürzlich begonnen hat, Daten über den Migrationshinweis zu sammeln, bezieht sich der Großteil der folgenden Informationen nicht auf Migranten oder Einwohner mit Migrationshinweis, sondern lediglich auf Ausländer.

Abbildung 4: Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung Frankfurts (2007)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2008c: 37

Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung ist durch eine große Vielfalt der ethnischen Gruppen und Nationalitäten charakterisiert; die in Frankfurt lebenden Ausländer stammen aus 175 verschiedenen Staaten. Türkische Staatsangehörige stellen mit einem Anteil von 19,1% an der ausländischen Bevölkerung dabei die mit Abstand größte Gruppe der Zuwanderer. Ihnen folgen Italiener (8,4%), Kroaten (7,3%), Serben (6,3%) und Polen (5,7%) (Stadt Frankfurt 2008c: 37).

¹⁰ Der korrekte vollständige Name dieses Amtes lautet ‚Bürgeramt, Statistik und Wahlen‘.



Spätaussiedler aus Osteuropa sind eine weitere bedeutende Zuwanderergruppe in Frankfurt. Da sie unmittelbar nach der Einwanderung und Anerkennung als Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, tauchen diese Zuwanderer und ihre Nachkommen nicht in der amtlichen Ausländerstatistik auf. Daten hinsichtlich der deutschen Bevölkerung mit Migrationshinweis zeigen jedoch, dass die Anzahl der Personen aus den typischen Herkunftsländern der Spätaussiedler bei 22.089 liegt, was einem Anteil von 3,4% an der Frankfurter Bevölkerung entspricht (2005) (Stadt Frankfurt 2006: 9).

Viele Ausländer leben schon sehr lange in Frankfurt. Mehr als ein Drittel der volljährigen Ausländer lebt seit mehr als 15 Jahren in der Stadt. Insbesondere unter Migranten aus Kroatien und der Türkei ist der Anteil der ‚Langzeitfrankfurter‘ mit 62% bzw. 54% sehr hoch (Stadt Frankfurt 2004: 165, Daten aus dem Jahr 2004).

Auf Grund der sich ändernden Zuwanderungsmotive hat sich die Zusammensetzung der Ausländer hinsichtlich Geschlecht und Alter seit den 1970er Jahren stark verändert. Insbesondere der Frauenanteil ist deutlich angestiegen: während er 1960 bei 32,6% lag, waren 2007 49,3% der Ausländer weiblich. Noch immer ist die ausländische Bevölkerung jedoch vergleichsweise jung. 2007 waren 12,8% der Ausländer jünger als 18, lediglich 8,1% waren 65 Jahre oder älter. Mehr als die Hälfte (54,6%) der ausländischen Bevölkerung Frankfurts ist zwischen 18 und 45 Jahren alt (Stadt Frankfurt 2008c: 16).

Das deutsche Schulsystem ist bekannt dafür, dass schulische Ungleichheiten, die durch unterschiedliche sozioökonomische Hintergründe der Familien entstehen, kaum überwunden werden können. Dies ist auch in Frankfurt zu beobachten. Die durchschnittliche Schulbildung ausländischer Schüler ist bedeutend geringer als die ihrer deutschen Mitschüler.¹¹ Folglich erreichen deutsche Schüler auch höhere Qualifikationen als ausländische Schüler. 2006 absolvierten 47,5% aller deutschen Schulabgänger das Abitur, jedoch nur 14,9% der ausländischen Schulabgänger. 4,3% der deutschen Schüler, aber 10,9% der ausländischen Schüler verließen die Schule ohne Abschluss (Stadt Frankfurt 2008c: 77). Diese Zahlen müssen mit Vorsicht interpretiert werden, da sie keinerlei Auskunft über die Bildungserfolge der Jugendlichen liefern, die einen Migrationshintergrund, aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Die geringen Bildungserfolge spiegeln sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider: Wie oben erwähnt, hatte Frankfurt im Januar 2009 eine Arbeitslosenquote von 8,5%. Mit einer Arbeitslosenquote von 13,4% sind Ausländer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche.

¹¹ Im Schuljahr 2007/08 schafften 55,1% der deutschen und 34,4% der ausländischen Schüler den Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium. Im Vergleich dazu gingen 3,3% der deutschen und 7,5% der ausländischen Schüler nach der Grundschule auf die Hauptschule und weitere 13,7% der deutschen und 25,3% der ausländischen Grundschüler besuchten nach dem Übergang die Realschule. Etwa ein Fünftel beider Gruppen (21,6% bzw. 23%) besuchte nach der Grundschule integrative Schulformen (Stadt Frankfurt 2008c: 76).

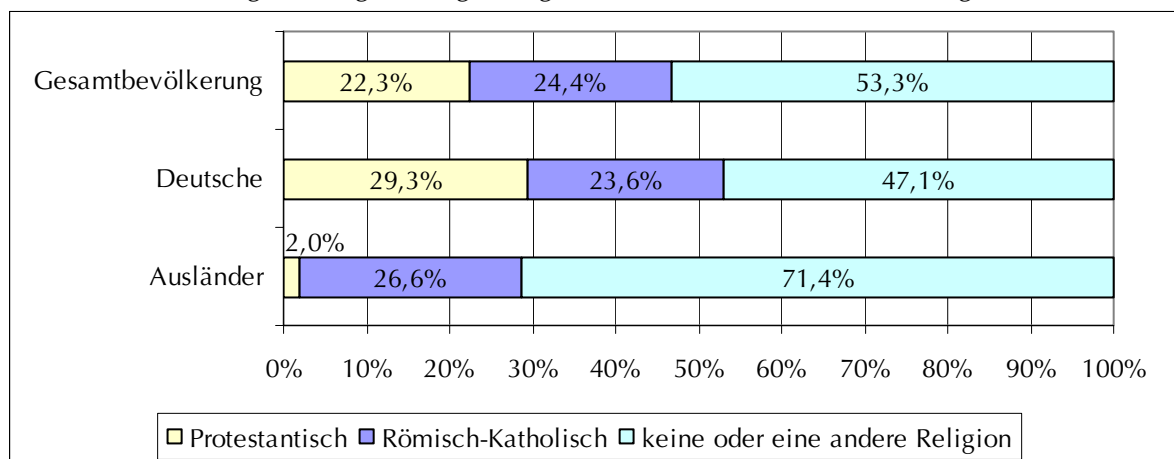


38,9% der 28.515 Arbeitslosen in Frankfurt waren Ausländer (Bundesagentur für Arbeit 2009).

Zuwanderung hat auch die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung verändert. Insbesondere der Einfluss der christlichen Kirchen ging zurück: In den zurückliegenden fünf Jahrzehnten ist der Anteil an Christen an der Bevölkerung drastisch zurückgegangen. Waren es nach Ergebnissen der Volkszählung 1950 noch 92%, so sind heute weniger als die Hälfte der Einwohner noch Mitglied einer der beiden christlichen Kirchen. 22,3% der Einwohner sind Mitglied der evangelischen Kirche, 24,4% gehören der katholischen Kirche an, 53,3% der Frankfurter sind Mitglied einer anderen oder keiner Religionsgemeinschaft (Asemann 2005: 96ff., Stadt Frankfurt 2008c: 18, vgl. Abbildung 5).

Diese Zahlen unterscheiden sich stark hinsichtlich der Nationalität: Von der deutschen Bevölkerung sind 29,3% Mitglied der evangelischen, 23,6% der katholischen Kirche und 47,1% gehören keiner oder einer anderen Religion an. Von den Ausländern sind hingegen lediglich 2% Mitglied der evangelischen Kirche. 26,6% gehören der katholischen Kirche an, während die überwiegende Mehrheit (71,4%) keiner oder einer anderen Religionsgemeinschaft angehört.¹²

Abbildung 5: Religionszugehörigkeit der Frankfurter Bevölkerung (2007)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2008c: 18

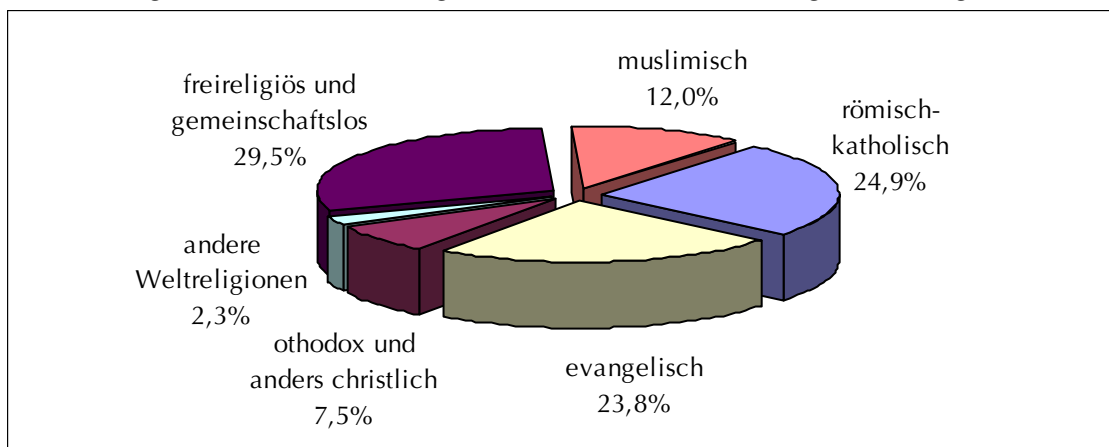
Da, wie in Kapitel 2.1 erklärt wurde, die deutschen Einwohnermeldeämter lediglich die Mitgliedschaft in der katholischen und der evangelischen Kirche erheben und weitere Religionen in die Kategorie ‚andere‘ fallen, ist die Religionszugehörigkeit von über der Hälfte der Frankfurter Einwohner unbekannt. Um hierzu dennoch Informationen liefern zu können, arbeitet die städtische Statistik mit Schätzverfahren. Basierend auf Daten über die Kirchenzugehörigkeit, die Nationalität und den Migrationshinweis weiß die Stadt, dass im Jahr 2003

¹² In absoluten Zahlen ausgedrückt: 111.822 Deutsche sind katholisch, 139.137 evangelisch und 223.262 gehören keiner oder einer anderen Religion an; 43.242 Ausländer sind katholisch, 3.126 evangelisch und 116.175 gehören keiner oder einer anderen Religion an.



24,9% der Bevölkerung Mitglied der katholischen Kirche und 23,8% Mitglied der evangelischen Kirche waren; zudem schätzt sie, dass 12% der Bevölkerung Muslime sind, 7,5% Mitglied der orthodoxen Kirche und anderer christlicher Gemeinschaften, 2,3% einer anderen Weltreligion angehören und 29,5% Anhänger freier Kirchen oder keiner Religionsgemeinschaft sind (vgl. Asemann 2005: 96, vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung nach Religion (2003)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten von Asemann 2005: 96

2.3 Frankfurts muslimische Bevölkerung

Da der Islam die größte ‚neue‘ Religion in der Stadt ist, wird ein besonderes Augenmerk auf die muslimische Bevölkerung gelegt. Die letzte offizielle Zahl über die Größe der muslimischen Bevölkerung datiert aus dem Jahr 1987. Nach der damaligen Volkszählung lebten 1987 rund 37.000 Muslime in Frankfurt. Wegen der Zuwanderung in den letzten 20 Jahren und den Dynamiken innerhalb dieser Gruppe ist diese Zahl veraltet; die Anzahl der Muslime wird heute höher geschätzt.

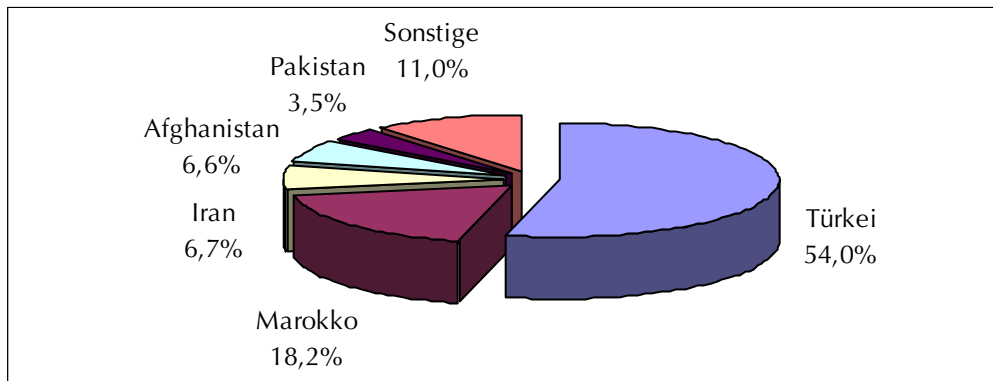
Wie oben beschrieben arbeitet die städtische Statistik mit Schätzverfahren, um mehr Informationen über muslimische Einwohner zu generieren. Die Schätzungen basieren auf der Anzahl von Ausländern und Eingebürgerten, die ursprünglich aus islamischen Ländern stammen. Die einzelnen Zahlen wurden dann nach dem prozentualen Anteil der Muslime in den Herkunftsländern gewichtet.¹³ Nach diesen Berechnungen leben derzeit rund 75.000 Muslime in Frankfurt, demnach sind rund 12% der gesamten Bevölkerung Muslime. Von diesen hat die große Mehrheit von 54% einen türkischen Hintergrund, gefolgt von Personen

¹³ Diese Methode der Schätzung birgt mehrere Probleme: Da es keine zuverlässigen Informationen über den Anteil der Muslime in den Herkunftsländern gibt, beziehen sich die Zahlen auf verschiedene Quellen, namentlich das Außenministerium, das Nachschlagewerk Harenberg aktuell sowie das freie Onlinelexikon Wikipedia. Zudem ist unbekannt, ob die religiöse Zusammensetzung der Migrantengruppen auch der Zusammensetzung der Gesellschaft des Herkunftslandes entspricht. Zudem kann die Zahl der deutschen Muslime ohne Migrationshintergrund überhaupt nicht geschätzt werden.



aus Marokko (18,2%), dem Iran (6,7%), Afghanistan (6,6%) und Pakistan (3,5%) (vgl. Schröpfer 2007: 204).

Abbildung 7: Frankfurts muslimische Bevölkerung nach Herkunftsland (2006)



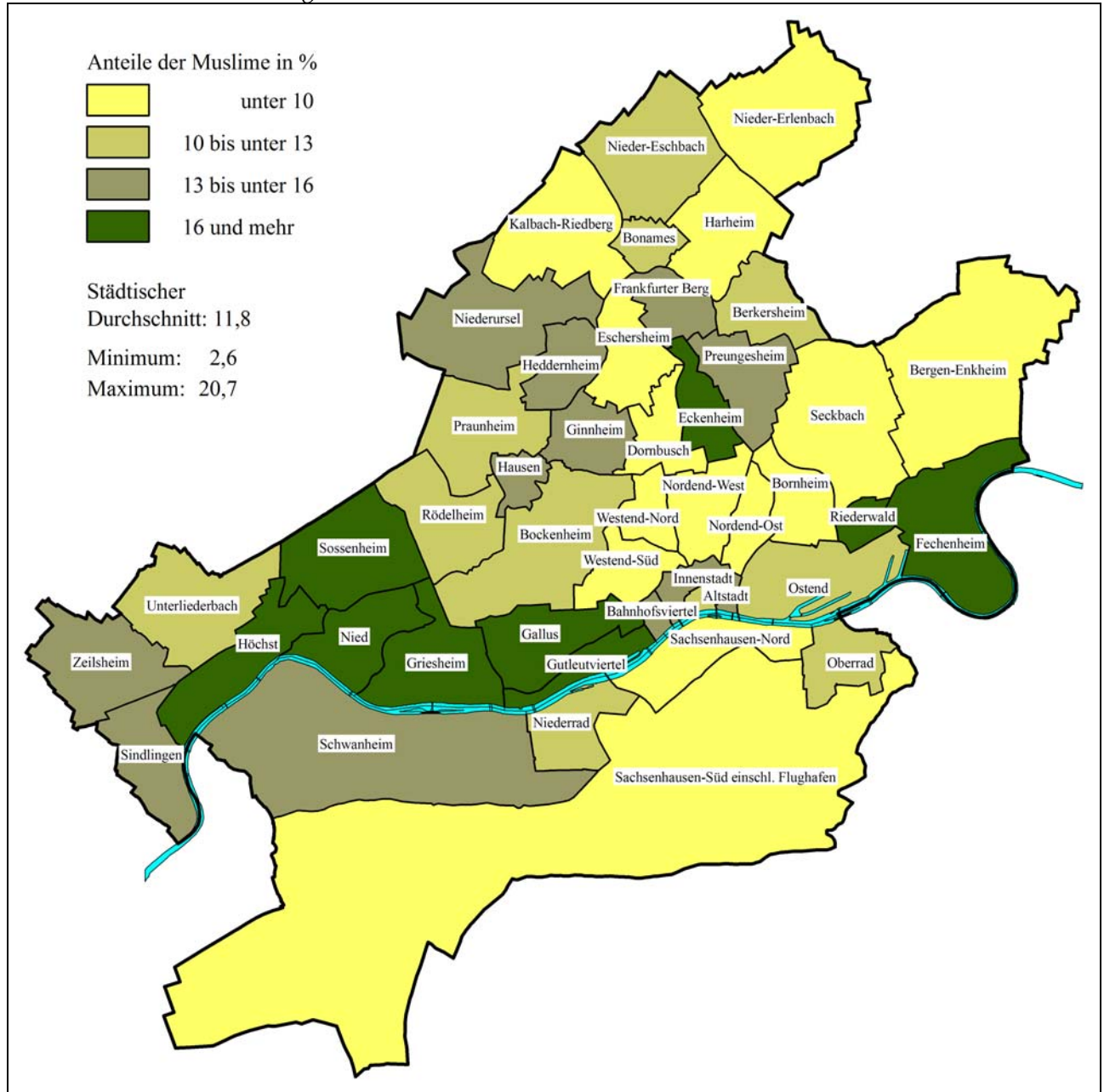
Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten von Schröpfer 2007: 204

64,6% der muslimischen Bevölkerung Frankfurts sind Ausländer; die verbleibenden 35,5% sind Deutsche mit Migrationshintergrund. Die muslimische Bevölkerung besteht größtenteils aus relativ jungen Menschen: 23,7% sind jünger als 18 und etwa 75% sind jünger als 45. Die Mehrheit von 54,2% der in Frankfurt lebenden Muslime ist männlich (vgl. Schröpfer 2007: 204).

Die muslimische Bevölkerung verteilt sich über das gesamte Stadtgebiet. Nichtsdestoweniger ist der Anteil der Muslime in einigen Stadtteilen auffällig höher als in anderen, insbesondere in solchen, in denen ein höherer Ausländeranteil zu finden ist. Am höchsten ist der Anteil der Muslime in Fechenheim, ein Stadtteil im Osten Frankfurts, in dem geschätzte 20,7% der Einwohner muslimisch sind. In acht weiteren Stadtteilen, von denen sieben im westlichen Teil der Stadt liegen, machen Muslime mehr als 16% der Bevölkerung aus: im Gallus, in Sossenheim, Höchst, Nied, Griesheim, Riederwald, Gutleutviertel und Eckenheim. Die beiden Stadtteile mit dem geringsten Anteil an muslimischen Einwohnern sind Harheim (2,6%) und Nieder-Erlenbach (3%), die beide im Norden der Stadt liegen (vgl. Schröpfer 2007: 206, vgl. Abbildung 8).



Abbildung 8: Anteil der Muslime in den Stadtteilen (2006)



Quelle: Schröpfer 2007: 208

Weder die Stadt noch die muslimischen Gemeinden verfügen über Daten bezüglich des sozioökonomischen Hintergrunds der in Frankfurt lebenden Muslime. Diese Gruppe besteht jedoch zu einem großen Teil aus früheren Gastarbeitern und deren Nachkommen; folglich gehören viele von ihnen zur Arbeiterschicht. Somit kann angenommen werden, dass ihr Bildungsstand und sozioökonomischer Status unterhalb des lokalen Durchschnitts liegen. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass sich ihr Status mit zunehmender Integration – insbesondere der hier geborenen Nachkommen – dem der Deutschen zunehmend angleicht.



2.4 Migrantenorganisationen in Frankfurt

Die vielfältigen Bevölkerungsgruppen in Frankfurt haben eine Vielzahl von Migrantenvereinen gegründet; einige basieren insbesondere auf gemeinsamen ethnischen oder kulturellen Wurzeln, andere haben einen religiösen Hintergrund.

2.4.1 Ethnische und kulturelle Migrantenorganisationen

Es gibt etwa 250 Migrantenorganisationen in der Stadt Frankfurt, in denen sich Zuwanderer mit einer gemeinsamen ethnischen und/oder religiösen Herkunft zusammengeschlossen haben. Sowohl hinsichtlich ihrer Hintergründe als auch ihrer Interessen und Aktivitäten sind die Vereine sehr unterschiedlich. Die interviewten Mitarbeiter des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) betonten, dass sie diese Vereine sehr schätzen, da sie zur Integration ihrer Mitglieder und zum sozialen Zusammenhalt in Frankfurt insgesamt beitragen.

Wie andere Frankfurter Vereine sind auch einige Migrantenvereine in lokalen Dachorganisationen – den Vereinsringen – organisiert. In Frankfurt gibt es 35 Stadtteil-Vereinsringe, denen sich individuelle Vereine anschließen können. Auf Stadtteilebene unterstützen diese die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsvereinen untereinander und mit der Stadt und vertreten ihre Mitglieder und deren Anliegen und Probleme. Die lokalen Vereinsringe sind zudem Mitglieder im Stadtverband Frankfurter Vereinsringe e.V. Die Mitgliedschaft in einem Vereinsring kann also die Integration der Migrantenvereine und ihrer Mitglieder in die lokale Vereinslandschaft unterstützen und wird daher vom AmkA begrüßt. Laut Aussage des interviewten Verantwortlichen für die Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen im AmkA sind bisher jedoch nur wenige Migrantenvereine Mitglied in den Vereinsringen. Dank der sich wandelnden Strukturen in den Migrantenorganisationen sollte sich dies jedoch bald ändern, wie ein erster Trend schon jetzt zeigt: Viele der sich heute in Vereinen engagierenden Personen wurden in Deutschland geboren oder sind hier aufgewachsen, sprechen deutsch und empfinden die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen als wichtig. Sie schließen sich häufiger dem Netzwerk an und lernen andere Organisationen leichter kennen. Das führt sowohl zu einer besseren Kooperation als auch Integration der Vereine.

2.4.2 Religiöse Organisationen

Neben den unterschiedlichen ethnisch oder kulturell basierten Organisationen gibt es mehr als 150 religiöse Migrantengemeinden. Einige haben einen interreligiösen Charakter, die meisten setzen sich aber aus Angehörigen einer Religion zusammen – und vertreten eine breite Palette an Glaubensrichtungen, unter anderem das Christentum, den Islam, das Judentum, den Buddhismus, den Hinduismus, den Sikhismus oder den Bahá'ismus. Im Folgenden werden die Gemeinden kurz dargestellt. Als Quelle dienen die Interviews im Rahmen der CLIP-Städtebesuche und die von der Stadt in Auftrag gegebenen Publikationen ‚Religionen der Welt‘ (Bernasko/Rech 2003 und 2006).



Christliche Gemeinden

In Frankfurt haben Migranten 84 christliche Gemeinden gegründet, die sehr heterogen hinsichtlich ihrer Glaubensrichtung, ihres nationalen und ethnischen Hintergrunds und ihrer Muttersprache sind. Der Großteil der Gemeinden ist evangelisch (Frei- und Pfingstkirchen), gefolgt von römisch-katholischen und orthodoxen Kirchen. Laut Aussage mehrerer Experten sehen sich die christlichen Migrantenvereine nicht als Vereine von Minderheiten, da sie – wie die Mehrheit der Einwohner Deutschlands – Christen sind.

Trotz der theologischen, nationalen, kulturellen und sozialen Unterschiede, die innerhalb der verschiedenen christlichen Migrantengemeinden in Frankfurt existieren, teilen sie gemeinsame Charakteristika und Erfahrungen. So bieten sie soziale Aktivitäten für ihre Mitglieder an, haben meist auch spezielle Programme für Kinder und sind häufig Träger von Integrationskursen. Ihnen gemein ist auch, dass sie von den großen deutschen christlichen Organisationen, insbesondere der katholischen Caritas und der evangelischen Diakonie, unterstützt werden. Zudem haben sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche in Frankfurt Mitarbeiter, die speziell für die Zusammenarbeit mit den christlichen Migrantengemeinden verantwortlich sind. Christliche Migrantenvereine sind auch im Rahmen von Missionsprojekten im Ausland aktiv. Sie gehören oftmals internationalen Organisationen an und haben Schwesterkirchen in ganz Deutschland und anderen Ländern.

Unabhängig von der Glaubensrichtung und den nationalen Bindungen feiern christliche Migrantengemeinden in Frankfurt neben den religiösen Feiertagen auch nationale und kulturelle Feste ihrer Herkunftsländer.

Muslimische Gemeinden

In Frankfurt gibt es 38 muslimische Gemeinden, die meist als Vereine organisiert sind. Die große Mehrheit sind sunnitische Vereine, aber auch schiitische, alevitische und Ahmadiyya-Gemeinden sind in Frankfurt ansässig.

Neben der Vielfalt ihrer Glaubensrichtungen unterscheiden sich die Gemeinden auch in ihrer nationalen Herkunft und Muttersprache. Zudem gibt es Unterschiede in der äußeren Erscheinung der Moscheen. Während zwei Moscheen in Frankfurt klar von außen als solche erkannt werden können, unterscheiden sich die übrigen nicht von anderen Gebäuden in der Stadt. Sie liegen häufig in Mischgebieten, industriellen oder zentrumsnahen Gegenden Frankfurts. Nach Bernasko und Rech (2003: 156) besucht lediglich ein Drittel der Frankfurter Muslime Moscheen. Auch der Organisationsgrad der Muslime in der Stadt (gemessen an den formalen Mitgliedszahlen der Vereine) ist mit zehn bis 15% eher gering.

In den islamischen Gemeinden können bestimmte Trends festgestellt werden: Alle bieten soziale Aktivitäten an, beispielsweise Hilfe für Flüchtlinge und Selbsthilfeprojekte, Sprachunterricht (oft sowohl in der deutschen als auch in der Herkunftssprache) und spezielle Programme für Kinder, inklusive Koranunterricht. Die meisten islamischen Gemeinden in



Frankfurt sind Mitglieder in internationalen Moscheenetzwerken und haben Kontakt zu anderen Gemeinden in Deutschland und Europa.

Buddhistische Gemeinden

In Frankfurt gibt es acht buddhistische Gemeinden, die den verschiedenen Richtungen des Buddhismus angehören: Tibetanischer Buddhismus, Zen-Buddhismus, Mahajana und Theravada. Die Mitglieder der Gemeinden sind meist Deutsche, Vietnamesen, Chinesen und Thailänder. Die hohe Anzahl der deutschen Mitglieder ist nicht das Ergebnis von Einbürgerungsprozessen sondern beinhaltet vor allem Deutsche ohne Migrationshintergrund, die zum buddhistischen Glauben übergetreten sind. Neben den verschiedenen religiösen Programmen, wie Gebeten und Meditation, bieten die buddhistischen Gemeinden auch Kurse über den Buddhismus an und unterstützen Projekte in anderen (meist asiatischen) Ländern.

Hindu Gemeinden

Es gibt fünf Hindu-Gemeinden in Frankfurt, deren Mitglieder meist Inder, Afghanen, Deutsche und Tamilen sind. In ihren Gemeinden kommen Hindus zum Meditieren, gemeinsamen Yoga, für verschiedene soziale Aktivitäten und Feste sowie anlässlich von Feiertagen zusammen. Zudem gibt es spezielle Programme für Kinder. Die Gemeinden finanzieren auch soziale Projekte in anderen Staaten.

Jüdische Gemeinden

In Frankfurt gibt es eine jüdische Gemeinde. Diese hat neben der Glaubensausübung die Förderung der jüdischen Tradition zum Ziel und vertritt die Interessen und Anliegen ihrer Mitglieder. Die Synagoge der Gemeinde ist offiziell eine orthodoxe Synagoge, wird aber von Mitgliedern aller Traditionen besucht.¹⁴ Ihre Mitglieder haben größtenteils einen osteuropäischen Hintergrund. Die jüdische Gemeinde führt soziale Aktivitäten durch, betreibt einen jüdischen Friedhof und ist für Bestattungsvorkehrungen zuständig. Zudem hilft sie Bedürftigen. Die jüdische Synagoge der Stadt Frankfurt ist Mitglied im Zentralrat der Juden Deutschlands und ist somit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, wie die evangelische und katholische Kirche, und kann die Mitgliedsbeiträge daher als Steuern durch den Staat erheben.

Sikh Gemeinden

Es gibt zudem ein Gebetszentrum (Gurdwara) für Sikhs, das regelmäßig von mehr als 1.000 Menschen besucht wird. Die Mitglieder der Gemeinde stammen aus Indien, Afghanistan, Nepal, England und vielen anderen Staaten. Das Gebetszentrum dient meist als Versammlungsort für religiöse Aktivitäten; ein Ort, an dem Sikhs beten und junge Gemeindemitglie-

¹⁴ Der Hintergrund ist, dass es nicht-orthodoxen Juden möglich ist, eine orthodoxe Synagoge zu besuchen; umgekehrt dürfen orthodoxe Juden keine nicht-orthodoxe Synagoge aufsuchen.



der über den Sikhismus unterrichtet werden. Zudem werden im Zentrum Diskussionen über verschiedene, teils auch politische Themen veranstaltet.

Bahá'í-Gemeinde

In Frankfurt gibt es auch eine Bahá'í-Gemeinde. Sie organisiert religiöse Feste und Jugendtreffen, hat Ausschüsse und Arbeitsgruppen, in denen die Mitglieder aktiv sind, und bietet Vorlesungen und Diskussionen zu verschiedenen Themen an, wie Weltreligionen, Rassismus oder Umweltpolitik. Ihre Mitglieder kommen aus vielen unterschiedlichen Staaten und umfassen oft auch Konvertiten aus anderen Religionsgemeinschaften.

3 Intergruppenbeziehungen in Frankfurt

Dieser Abschnitt gibt zunächst einen Überblick über die wichtigsten Themen bezüglich Intergruppenbeziehungen, über die in Frankfurt diskutiert wird und über die Anliegen und Interessen lokaler Migrantengruppen. Anschließend werden die Beziehungen der ethnischen Gruppen untereinander und potentielle Radikalisierungsprozesse innerhalb der Frankfurter Bevölkerung analysiert.

3.1 Öffentliche Diskurse, Themen und Interessen

Eine heterogene Migrantenbevölkerung bringt auch vielfältige Anliegen und Interessen mit sich. Dieser Abschnitt zeigt die wichtigsten Themen der Migrantengruppen, die in den Interviews im Rahmen der CLIP-Städtebesuche angesprochen wurden. Zudem wurden Daten verwendet, die aus früheren Interviews mit Vertretern der Migrantenvereine stammen und im Auftrag der Stadt für die Publikationen ‚Religionen der Welt‘ und für eine Studie zur möglichen Einführung einer ‚Integrationsvereinbarung‘ geführt wurden (Bernasko/Rech 2003 und 2006, Stadt Frankfurt am Main 2009a).

Der in den Interviews am häufigsten genannte Aspekt umfasst die Schwierigkeiten der Migrantengruppen, verfügbaren, ausreichenden und bezahlbaren Platz für ihre Vereinsaktivitäten zu finden. Fast jede der religiösen Migrantengemeinden – und viele kulturelle Migrantenvereine – stehen vor diesem Problem und erwähnten es in den Interviews. Ein spezielles Thema in diesem Bereich ist der Neubau von Moscheen, der immer wieder zu öffentlichen Diskursen oder sogar Konflikten führt.

Solch ein öffentlicher Diskurs kam beispielsweise im Sommer 2007 auf. Zu dieser Zeit kündigte der schiitische Verein Hazra-Fatima-Zehra, der aus etwa 300 Familien türkischer und pakistanischer Herkunft besteht, an, eine repräsentative Moschee mit zwei Minaretten im Stadtteil Hausen bauen zu wollen. Der Verein betrachtete diese Moschee als Zeichen dafür, in Deutschland angekommen zu sein und sich zu Hause zu fühlen. Trotz dieser Argumentation formierte sich Widerstand gegen diesen Plan: Es wurde eine Bürgerinitiative gegen den



Moscheebau gegründet, deren Mitglieder befürchteten, dass die neue Moschee – die dritte im Stadtteil Hausen – den sozialen Zusammenhalt der Nachbarschaft gefährden könnte. Zudem fürchteten sie eine Überfremdung, eine Dominanz des Islams oder Islamisierung und chaotische Verkehrsverhältnisse. Trotz ihrer antimuslimischen und gegen Migranten gerichteten Aktivitäten sieht sich die Bürgerinitiative ‚Pro Frankfurt‘ nicht als rechte Gruppierung. Sie distanziert sich von rechtsextremistischen Meinungen und Parteien und arbeitet nicht mit letzteren zusammen. Dennoch hat auch die NPD versucht, für sich einen Vorteil aus dem Konflikt zu ziehen: Sie organisierte im Juli 2007 eine Demonstration gegen den Bau der Moschee, an der rund 750 Menschen teilnahmen. Eine zweite Demonstration, die für Oktober 2007 geplant war, wurde von der Stadt aufgrund der wahrscheinlichen Anstiftung zum Rassenhass verboten.

Die Versuche der NPD, den Konflikt aufzuheizen, wurden nicht von den Einwohnern unterstützt. Zahlreiche Bürger, Vertreter der Kirchen und Mitarbeiter der Stadt befürworteten den Plan des muslimischen Vereins und kämpften gegen deren Kontrahenten. Während der NPD-Demonstration im Juli 2007 gingen beispielsweise rund 5.000 Gegendemonstranten auf die Straße und stellten sich den rechtsextremen Parteianhängern entgegen. Die Stadt stimmte dem Bauantrag des Moscheevereins im Juli 2008 zu. Seitdem führen die Bürgerinitiative und rechte wie extremistische Gruppen die Auseinandersetzung fort. Die muslimische Gemeinde nutzte den Tag der Grundsteinlegung im Juni 2009 als Möglichkeit, sich der Nachbarschaft vorzustellen und den Dialog mit den Gegnern der Moschee (wieder) aufzunehmen. Etwa 400 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, darunter Vertreter der Stadt und anderer religiöser Gemeinschaften. Ein Vertreter des Moscheevereins Hazra-Fatima-Zehra, der im Rahmen des CLIP-Projektes interviewt wurde, drückte seine Freude über die Reaktionen und die Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft und der Stadt aus. Die Gemeinde hat, laut seiner Aussage, dem Konflikt sogar etwas Positives abgewinnen können, da sie nun bekannt und mit anderen Gemeinden und Vereinen gut vernetzt ist.

In diesem Bedürfnis nach ausreichend Raum für Vereinsaktivitäten und dem Wunsch nach dessen Akzeptanz klingen weitere Anliegen an, die von den meisten Interviewpartnern betont wurden: Mehr Fairness, Verständnis und Anerkennung für Zuwanderer im Allgemeinen und religiöse Gruppierungen im Besonderen. Vertreter religiöser Gemeinden wollen sich von den Einwohnern, die jeweils anderen oder auch keinen Glaubensrichtungen angehören, akzeptiert wissen. Insbesondere muslimische Gemeinden nannten das Thema der sozialen Akzeptanz als wichtige Voraussetzung für den interreligiösen Dialog, den Bau von Moscheen, die Durchführung diverserer Aktivitäten und auch für vermehrten Kontakt mit der Stadtverwaltung und Einbeziehung in die lokale Gemeinschaft. Auch bessere Kommunikation und vermehrte Kooperation mit der Mehrheitsbevölkerung, anderen Organisationen und der Stadtverwaltung wurde von mehreren Migrantenvvertretern explizit gewünscht. Besonders im Hinblick auf die Stadtverwaltung äußerten die Vereine den Wunsch nach mehr Partizipationsmöglichkeiten. Kommunikation, Zusammenarbeit und das Kennenlernen anderer



Organisationen werden von den interviewten Experten auch als wichtige Mittel zur Lösung von Problemen zwischen verschiedenen Gruppen erachtet; die Teilnahme an lokalen Aktivitäten fördere sowohl diesen Prozess als auch die Identifikation mit der Stadt Frankfurt. Vor allem die jüdische Gemeinde erwähnte das Thema der Entwicklung einer Identität, die gleichzeitig deutsch und jüdisch ist und nicht nur eines der beiden.

Ein weiteres Thema, das in mehreren Interviews angesprochen wurde, ist die Herausforderung, Konflikte innerhalb der Community, beispielsweise zwischen den Zuwanderergenerationen, über die Zukunft der Vereine zu lösen. Solche Konflikte sind einerseits interne Angelegenheiten; andererseits beeinflussen sie indirekt aber auch Intergruppenbeziehungen in der Stadt, da sie die Struktur und Ausrichtung der Migrantenvereine, und somit auch deren Beziehung zur Stadt und zu anderen gesellschaftlichen Gruppen beeinflussen.

Des Weiteren sind spezielle Kleiderordnungen ein Thema für einige Migrantengruppen. Dies wurde vor allem von der Sikh-Gemeinde erwähnt, deren Mitglieder einen Turban tragen. Laut eines Vertreters der Sikh-Gemeinde haben Sikhs Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, vor allem in öffentlichen Einrichtungen, in denen es ihnen nicht erlaubt ist, offenkundige religiöse Symbole bei der Arbeit zu tragen. Auch für muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, ist es nach Angaben mehrerer Interviewpartner problematisch, eine Anstellung zu finden – sei es in einer öffentlichen Einrichtung oder im privaten Sektor.

Weitere Themen beziehen sich auf Frankfurts Institutionen. Einige Mitarbeiter der Stadtverwaltung nannten Diskriminierung als relevantes Thema in den Intergruppenbeziehungen in Frankfurt. Sikhs, beispielsweise, wünschen sich mehr Verständnis für ihre traditionelle Kleidung. Insbesondere in der Schule treten Probleme auf: Konflikte auf Grund von Klassenfahrten, der Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht oder des Tragens eines Kopftuchs stehen dabei meist im Zusammenhang mit Muslimen. Zudem wünschen sich einige religiöse Gruppen, wie Buddhisten und Muslime, die Erlaubnis zur Durchführung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen.

Die Stadt Frankfurt hat Informationen über die religiösen Gruppen und deren Anliegen gesammelt und steht im regen Kontakt mit ethnischen und religiösen Migrantenvereinen. Laut Aussage sowohl der interviewten Vertreter der Migrantenvereine als auch der Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind die Anliegen und Interessen der Vereine bei der Stadt bekannt und es wird versucht, diese – so weit im Rahmen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten durchführbar – zu erfüllen, beispielsweise durch Projekte des AmkA.

3.2 Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen in Frankfurt

Daten über die Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in Frankfurt gibt es kaum. Deshalb basieren die folgenden Informationen größtenteils auf den Interviews, die im Rahmen der Städtebesuche durchgeführt wurden. Zudem wurden Daten der jährlichen städtischen Bürgerbefragung (Dobroschke 2008), der Frankfurter Integrationsstudie



2008 (Halisch 2008) und einer Studie über das Freizeitverhalten von Jugendlichen (Stadt Frankfurt 2007) berücksichtigt.

Die Stadt führt jährlich eine Bürgerbefragung durch. Dabei können die Einwohner Auskunft über ihre Zufriedenheit mit der Stadt geben und die aus ihrer Sicht größten Probleme in Frankfurt benennen. In der letzten Befragung aus dem Jahr 2007 erklärten 16% der deutschen Teilnehmer, das „Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern“ sei eines der größten Probleme in der Stadt. Der Anteil der Personen, die dies als Problem sehen, schwankte in den letzten Jahren: Während 1997 und 1998 21% der deutschen Teilnehmer an der Befragung die Beziehung zwischen Deutschen und Ausländern als problematisch erachteten, fiel dieser Anteil in den darauf folgenden Jahren. 2004 und 2005 nannten 13% die Beziehungen als größtes Problem in der Stadt; danach erhöhte sich der Wert wieder auf die bereits erwähnten 16%. Ähnliche Schwankungen finden sich auch in der Sicht der ausländischen Bevölkerung, wobei bei ihnen ein geringerer Anteil das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern als eines der größten Probleme in der Stadt betrachtet: Mit 10% erreichte der Wert 1993 und 1997 einen Höhepunkt, sank aber in den Jahren 1998/99 und 2003 bis 2005 auf den niedrigsten Stand von 4%, bevor er dann auf aktuell 6% anstieg (vgl. Dobroschke 2008: 34). Dieser Anteil ist nicht als dramatisch schlecht einzustufen, aber offensichtlich besteht hier ein Handlungsbedarf.

Im Rahmen der Frankfurter Integrationsstudie 2008 wurde eine Befragung unter Migranten der zweiten Generation in Frankfurt und Einwohnern ohne Migrationshintergrund durchgeführt. Dabei wurden die Teilnehmer unter anderem über ihren Kontakt zu Personen aus anderen ethnischen Gruppen befragt. Die Studie zeigt, dass sehr viele Teilnehmer mit Migrationshintergrund Personen ohne Migrationshintergrund in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis haben, nämlich 88%. Dies gilt auch für Teilnehmer ohne Migrationshintergrund, von denen immerhin 70% Freunde und Bekannte mit Migrationshintergrund haben. Zwischen den beiden Gruppen gibt es auch Kontakte in der Nachbarschaft (68% bzw. 59%), Kontakte am Arbeitsplatz (76% bzw. 68%) und Kontakte in der Freizeit (60% bzw. 57%). Obwohl diese Anteile nichts über die Qualität der Kontakte und Beziehungen aussagen, zeigen sie jedoch, dass sowohl Einwohner mit als auch ohne Migrationshintergrund nicht dazu tendieren, sich zu isolieren (vgl. Halisch 2008: 191f.).

Eine Studie über Jugendliche und deren Freizeitverhalten kam zu ähnlichen Ergebnissen: Etwa zwei Drittel der Schüler an weiterführenden Schulen, deren Eltern Deutsche sind, verbringen die Zeit in ihrer Clique mit Jugendlichen unterschiedlichen ethnischen Hintergrunds. Das andere Drittel ist in einer Clique, deren Mitglieder einen deutschen Hintergrund haben. Schüler, deren Eltern einen ausländischen Hintergrund haben, haben häufiger Freunde mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen (88%). Lediglich 12% sind in einer Clique, in der alle Mitglieder der gleichen ethnischen Gruppe angehören (vgl. Stadt Frankfurt 2007: 47).



Die Umfragedaten zeigen, dass sich Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft in Frankfurt mischen und dass ihre Beziehungen nicht von schwerwiegenden Problemen gekennzeichnet sind. Gleichmaßen betonten auch die Interviewpartner, dass Frankfurt im Allgemeinen eine friedliche Stadt ist, in der kaum Konflikte auftreten – insbesondere im Vergleich zu anderen größeren europäischen Städten. Sie beschrieben die Stadt größtenteils als lebhaft, bunt, multikulturell und aufregend. Jedoch erwähnten die Interviewpartner auch, dass es gelegentlich zu Problemen und kleineren Konflikten zwischen verschiedenen (ethnischen oder religiösen) Gruppen, beispielsweise zwischen Türken und Kurden, kommt. Gelegentlich treten auch Nachbarschaftskonflikte auf, beispielsweise zwischen Migrantenfamilien und älteren Einwohnern. Ein konkretes Beispiel für Schwierigkeiten zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen ist der Konflikt um den Moscheebau im Stadtteil Hausen (vgl. Kapitel 3.1). Dabei werden Probleme zwischen der muslimischen Gemeinschaft, die den Bau einer Moschee plant, und einigen nicht-muslimischen Einwohnern des Stadtteils deutlich. Zudem gaben einige Interviewpartner an, dass Tendenzen latenter Ausländerfeindlichkeit in Teilen der Mehrheitsbevölkerung existierten. Einige Einwohner ohne Migrationshintergrund würden demnach nicht anerkennen, dass eine Person mit ausländischem Hintergrund dennoch deutsch sein kann. So merkte ein Interviewpartner an: „Es gibt teilweise Probleme, anzuerkennen, dass Deutsche auch ‚anders‘ aussehen können. Man kann auch mit Turban deutsch sein.“

Trotz solcher Probleme gibt es keine schwerwiegenden Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen oder religiösen Gruppen in Frankfurt. Die Beziehungen innerhalb der heterogenen Bevölkerung werden größtenteils als friedlich und kooperativ beschrieben. Gelegentlich auftretende Probleme gehen oft auch auf den sozioökonomischen Hintergrund der beteiligten Personen zurück und nicht auf den ethnischen.

Um gute Beziehungen und ein gegenseitiges Verständnis der verschiedenen Religionen und Kulturen sicherzustellen, werden diverse interreligiöse Initiativen angeboten. Ein Beispiel hierfür sind die Abrahamischen Teams, die vom Interkulturellen Rat in Deutschland unterstützt werden und sich aus Vertretern christlicher, jüdischer und islamischer Religionsgemeinschaften zusammensetzen. Sie besuchen Schulen, stellen ihre Religionen gemeinsam vor und geben den Schülern Gelegenheit, Fragen zu stellen und dabei die Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der drei Weltreligionen kennen zu lernen (vgl. Miksch 2003). Weitere Beispiele wie der Rat der Religionen und die Interkulturellen Wochen werden in Kapitel vier vorgestellt.

3.3 Intergruppenbeziehungen und Radikalisierung

Auch bei insgesamt positiv beurteilten Intergruppenbeziehungen können Radikalisierungstendenzen und extremistische politische und religiöse Positionen auftreten, sowohl innerhalb der Mehrheits- als auch innerhalb der Migrantenbevölkerung. Die folgenden Abschnitte werden zeigen, dass diese Phänomene in Frankfurt jedoch keine zentrale Rolle spielen.



3.3.1 Radikalisierung innerhalb der Mehrheitsbevölkerung

Nach dem Verfassungsschutzbericht 2008 sind im Land Hessen im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern relativ wenig Einwohner bekannt, die rechtsextrem sind oder rechte und ausländerfeindliche Parteien unterstützen. Hessen ist das Bundesland mit der wenigsten ‚politisch motivierten Kriminalität – rechts‘. Etwa 0,9% der Hessen wählten bei der letzten Landtagswahl die rechte und ausländerfeindliche NPD (vgl. BMI 2009b).

Laut Aussage mehrerer Experten ist Rechtsextremismus auch in der Stadt Frankfurt kein großes Problem. Veranstaltungen der NPD sind für gewöhnlich nicht sehr beliebt in der Stadt – an der Hauptwahlkampfveranstaltung der Partei im Jahr 2008 nahmen etwa 100 Personen teil (vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2009). Jedoch sind zwei der 93 Mitglieder der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung Vertreter rechter Parteien, einer von der NPD, einer von den Republikanern. Beide haben jedoch, so waren sich die interviewten Mitarbeiter der Stadtverwaltung und die Politiker einig, keinen Einfluss auf die Politik der Stadt. Ein weiterer Indikator für rechte Einstellungen in Frankfurt ist die jährliche Bürgerbefragung der Stadt. Wie oben berichtet wurden in der letzten Befragung das „Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern“ von 16% der deutschen Befragten als größtes Problem in der Stadt genannt. 11% sagten, es gebe „zu viele Ausländer“, 5% beobachteten einen „Mangel an Integration“. Nur 1% der deutschen Befragten – und 0% der ausländischen Befragten – sieht Ausländerfeindlichkeit als das größte Problem in Frankfurt an (vgl. Dobroschke 2008: 35).

Die Informationen der offiziellen Daten spiegeln sich auch in den Aussagen der Experten wider, die im Rahmen der Städtebesuche nach Ausländerfeindlichkeit und Radikalisierung der Mehrheitsbevölkerung befragt wurden. Die meisten interviewten Personen antworteten, dass diese Themen in Frankfurt keine Rolle spielten. Einer der Interviewten urteilte, „Frankfurt ist eine ‚No-go-area‘ für Rechtsextreme“. Jedoch erwähnten die Interviewpartner auch, dass einige Einwohner Frankfurts Ängste vor oder Vorurteile gegen Migranten haben. Diese Einstellungen können als Potenzial für Radikalisierung gesehen werden, bedeuten aber nicht, dass diese Personen tatsächlich radikal agieren. Sie können jedoch zu offener oder versteckter Diskriminierung führen, die es – laut der Interviews – durchaus gibt, sowohl durch Einwohner Frankfurts als auch durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Es wurde auch mehrfach erwähnt, dass sowohl rechte Parteien als auch eine konservative Bürgerinitiative versuchten, den Konflikt um den Moscheebau im Stadtteil Hausen als Mittel zur Mobilisierung der Menschen zu instrumentalisieren, wie oben bereits beschrieben. Dabei wurden, so mehrere Interviewpartner, rassistische Tendenzen einiger Einwohner sichtbar. Solche Initiativen waren jedoch bei der Mehrheit der Bevölkerung weder erfolgreich noch beliebt.

Im Allgemeinen stimmten die Interviewpartner darin überein, dass organisierte Radikalisierungsprozesse gegen ethnische Minderheitengruppen in Frankfurt nicht auftreten.



3.3.2 Radikalisierung innerhalb der Migrant*innenbevölkerung

Verfügbare Informationen über Radikalisierungstendenzen innerhalb der Migrant*innenbevölkerung sind ähnlich rar wie Informationen über Radikalisierungstendenzen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft. Die meisten Interviewpartner konnten oder wollten keine Aussage über derlei Radikalisierungsprozesse in Frankfurt machen. Ein Bericht des Hessischen Verfassungsschutzes weist jedoch darauf hin, dass es in der Stadt einzelne Migrant*innenorganisationen gibt, die entweder (a) politische oder (b) religiöse Radikalisierungstendenzen aufweisen (vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2009).

(a) Diejenigen Organisationen, die nach Auskunft des Verfassungsschutzes radikale Tendenzen auf politischer Ebene zeigen, konzentrieren sich auf politische Ereignisse in ihren Heimatländern.¹⁵ Solche Gruppen ‚importieren‘ Konflikte nach Frankfurt; dies äußert sich in Demonstrationen, Märschen sowie allgemeinen Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, z. B. zwischen nationalistisch orientierten Türken und separatistisch orientierten Kurden. Solche Spannungen haben sich bisher jedoch nicht oder kaum zu ernststen Konflikten entwickelt, die zu Gewalt oder schwerwiegenden Auseinandersetzungen geführt hätten. Die Anzahl der Anhänger solcher Gruppen zu quantifizieren war dem Verfassungsschutz genauso wenig möglich, wie das Ausmaß und die Intensität ihrer Radikalisierung zu analysieren.

(b) Über Organisationen mit radikalen religiösen Tendenzen gibt es ebenfalls nur wenige Informationen. Verschiedene überregionale muslimische Organisationen werden vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie als islamistisch eingestuft sind. Unter ihnen ist die von Türken dominierte konservative Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (vgl. Abschnitt 1.2), obwohl diese offiziell keine Niederlassung in Frankfurt hat. Zwei örtlichen muslimischen Gemeinden werden jedoch enge Verbindungen zu Millî Görüş nachgesagt. Des Weiteren betreibt die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD), der Verbindungen zur Muslimbruderschaft zugeschrieben werden, ein islamisches Zentrum in Frankfurt, das ebenfalls unter Beobachtung steht. Die Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) in Frankfurt (mit Verbindungen zur IGD) ist eine weitere Organisation, die nach Aussage des Verfassungsschutzes islamistische Tendenzen aufweist. Des Weiteren haben sowohl die Islamische Dschihad Union (IJU) als auch die muslimische Organisation Tablighi Jama'at (TJ) Zweigstellen in Frankfurt. Insbesondere Letztere strebt nach einer weltweiten Islamisierung. Sie veranstaltet regelmäßig Treffen in Frankfurt und nutzt lokale Moscheen als Anlaufstellen für ihre Missionierungstätigkeiten. Beide werden ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet. Wie schon bei den politisch motivierten Gruppierungen ist es auch bei diesen religiösen Gruppierungen

¹⁵ Beispiele für solche Organisationen, die ein offizielles Büro oder zumindest eine nennenswerte Zahl an Anhängern in Frankfurt haben, sind laut Verfassungsschutz die Kurdische Arbeiterpartei PKK (jetzt KONGRA-GEL genannt), die linke Türkische Kommunistische Partei (TKP) und die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE).



gen kaum möglich zu beurteilen, wie viele Anhänger extremistische Ansichten haben und wie das Ausmaß und die Intensität der potentiellen Radikalisierung zu bewerten sind.

Einige der interviewten Experten mutmaßten, dass einzelne Moscheevereine oder muslimische Einwohner durchaus fundamentalistische Tendenzen haben. Dies kommt beispielsweise durch zunehmend traditionelle Kleidung und Bärte zum Ausdruck, aber auch durch patriarchalische Familienstrukturen, den Mangel an Frauenrechten oder die geringe Akzeptanz anderer Religionen. Laut Einschätzung der Interviewpartner gibt es auch einzelne Fälle von nationalistischen Tendenzen, insbesondere unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Zudem erwähnten einige interviewte Personen, dass Diskriminierung, welcher Migranten immer wieder ausgesetzt sind, zu einer Brutstätte für radikale Tendenzen seitens der Migranten werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass einige wenige Migrantenorganisationen als islamistisch oder politisch extrem erachtet werden, aber in den meisten Fällen kann dies weder widerlegt noch bestätigt werden. Es gibt keine offen radikalen Migrantengruppen, jedoch könnte es konspirative Gruppen geben. Laut der interviewten Experten ist Radikalisierung innerhalb der Migrantenbevölkerung kein brennendes Thema in Frankfurt.

4 Interkulturelle Politik in Frankfurt

Das dritte Modul des CLIP-Projekts, im Rahmen dessen diese Studie erstellt wurde, analysiert, wie europäische Städte interkulturelle Politik umsetzen und stellt erfolgreiche Ansätze vor. Unter dem Label der interkulturellen Politik werden in den meisten deutschen Städten jedoch kaum Projekte durchgeführt. So hat auch die Stadt Frankfurt keinen expliziten interkulturellen Ansatz beschlossen. Sie hat jedoch Leitlinien für ein Integrationskonzept, auf deren Basis sie sich mit der Vielfalt der Kulturen und Religionen befasst und den Dialog zwischen verschiedenen Gruppen unterstützt. Im Folgenden werden Frankfurts integrationspolitischer Ansatz beschrieben, die Aktivitäten der Stadt zur Intensivierung ihrer Beziehungen mit Migrantenorganisationen sowie zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts vorgestellt und Strategien der Stadt und lokaler Medien zur Öffentlichkeitsarbeit präsentiert.

4.1 Frankfurts integrationspolitischer Ansatz

Wir beginnen mit Informationen über politische Verantwortlichkeiten und strategische Ansätze in Bezug auf Integration sowie mit der politischen Partizipation von Migranten.

4.1.1 Politische und administrative Verantwortlichkeit für Integration

Die Stadt Frankfurt wird von der Stadtverordnetenversammlung (Legislative) und dem Magistrat (Exekutive) regiert. Erstere wird direkt von den Bürgern Frankfurts gewählt und besteht derzeit aus 93 Mitgliedern. Eine der vielen Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung ist



die Benennung der Mitglieder des Magistrats (exklusive dem Oberbürgermeister). Der Magistrat setzt sich aus der Oberbürgermeisterin, dem Bürgermeister, dem Stadtkämmerer sowie sieben hauptamtlichen und 14 ehrenamtlichen Stadträten zusammen. Jeder der sieben hauptamtlichen Stadträte und eine ehrenamtliche Stadträtin sind für jeweils eines der acht städtischen Dezernate verantwortlich.

Eines dieser Dezernate ist das Dezernat für Integration, dessen Hauptfunktion es ist, den politischen Rahmen für die kommunale Integrations- und Diversitätspolitik zu bilden. Dem Dezernat für Integration sind das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) und die Kommunale Ausländervertretung (KAV) angeschlossen. Letztere ist die politische Vertretung der in Frankfurt lebenden Ausländer und ein Beratungsgremium für den Magistrat. Das AmkA ist die städtische Behörde, die die Beziehungen zwischen Personen mit unterschiedlicher nationaler, sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft verbessern soll und die Integration der Zuwanderer unterstützt. Dafür steht das AmkA in ständigem Kontakt zu anderen Ämtern sowie zu Einrichtungen und Organisationen außerhalb der Stadtverwaltung. Es hat einen regelmäßigen Kontakt zu Migrantenvereinen und berät diese, initiiert Projekte und führt sie meist in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern oder (Migranten-)Organisationen durch. Seit seiner Gründung legt das AmkA auch einen Schwerpunkt auf Religion: Es beschäftigt eine Mitarbeiterin, die eigens für religiöse Angelegenheiten verantwortlich ist und den Kontakt zu religiösen Migrantenvereinen hält. Zudem wurde das AmkA schon 1993 zur offiziellen Antidiskriminierungsstelle der Stadt benannt, bei der Personen, die sich aus Gründen ihrer Herkunft diskriminiert fühlen, Beschwerde einlegen und Rat holen können.

Seit mehr als 20 Jahren steht dem AmkA ein separates Budget zur Verfügung, mit dem es Projekte von Migrantenvereinen finanziell unterstützen kann. Im Jahr 2009 gab das Amt etwa 196.000 Euro für die Förderung der Vereine und ihrer Initiativen aus. Zudem verfügt es über ein Budget von etwa 1.422.000 Euro für eigene Projekte und circa 1.320.000 Euro für Personalkosten. Abgesehen vom Budget des AmkA gibt die Stadt, wie interviewte Mitarbeiter schätzen, rund 5.000.000 Euro für Maßnahmen, Projekte und Programme aus, die andere Ämter zur Verbesserung von Intergruppenbeziehungen durchführen. Diese Summe enthält lediglich Projekte, die direkt auf die Verbesserung der Beziehungen abzielen. Sie würde sich beträchtlich erhöhen, wenn alle Ausgaben der Stadt für den großen Bereich der Integration (insbesondere in den Bereichen Bildung, Jugend und Soziale Dienste) einzeln identifiziert und einbezogen werden könnten.

Die Einrichtung eines Amtes für multikulturelle Angelegenheiten innerhalb der Stadtverwaltung, welches mit anderen Ämtern auf Augenhöhe kommunizieren kann, war in Deutschland einmalig und ist noch immer ungewöhnlich. Nicht nur die Positionierung und finanzielle und personelle Ausstattung dieses Organs, sondern auch seine Benennung war eine Neuheit in Deutschland: Während andere Städte so genannte ‚Ausländerbeauftragte‘ oder ‚Integrationsbeauftragte‘ beschäftigen, ist das entsprechende Amt in Frankfurt für ‚multikulturelle Angelegenheiten‘ zuständig. Aus diesem Namen spricht bereits die dahinter stehende



Philosophie. Laut der Amtsleiterin ist die entscheidende Frage längst nicht mehr, wie Migranten – oder Ausländer – in die deutsche Gesellschaft integriert werden können, sondern wie die Stadtverwaltung verändert werden kann und sich interkulturell öffnen muss, um besser auf die Bedürfnisse einer heterogenen, multikulturellen Bevölkerung eingehen zu können. Die Stärkung der Migrantenorganisationen und die Kooperation mit diesen, die Verbesserung des interkulturellen Dialoges, Antidiskriminierungsarbeit sowie Konfliktmanagement sind dazugehörige Handlungsfelder des Amtes.

4.1.2 Leitlinien und Ziele der Integrationspolitik

Wie in den meisten deutschen Städten wurde auch in Frankfurt die Integration der Einwohner mit Migrationshintergrund über die Öffnung von Kerninstitutionen (wie Schulsystem und Arbeitsmarkt) sowie über ihre Einbeziehung in das Wohlfahrtssystem organisiert. Die Stadt Frankfurt war sich jedoch früher als andere deutsche Städte der Notwendigkeit zusätzlicher Maßnahmen zur Pflege friedlicher und bereichernder Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bewusst und führte eine Integrationspolitik ein, die sich sowohl an Personen mit Migrationshintergrund als auch an Personen ohne Migrationshintergrund richtet.

Ein integrationspolitisches Konzept besitzt die Stadt bisher aber nicht. Sie arbeitet jedoch derzeit daran, mithilfe wissenschaftlicher Begleitung eines zu entwickeln und organisiert hierfür einen breit angelegten Beteiligungsprozess der örtlichen Bevölkerung. Bisher gibt es in Frankfurt lediglich eine Übersicht der Ziele, welche die Integrationspolitik erreichen sollte. Diese sind: (1) „dafür Sorge zu tragen, dass die Zuwanderer so schnell wie möglich gleichberechtigt am gesellschaftlichen und sozialen Leben teilhaben können“, (2) „Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt herzustellen“ und (3) „der einheimischen Bevölkerung die notwendige Unterstützung zu geben, um Veränderungen und neue Herausforderungen zu bewältigen“ (Stadt Frankfurt am Main 2009b).

Die Oberbürgermeisterin, Frau Roth, die Leiterin des Dezernats für Integration, Frau Eskandari-Grünberg, und die Mitarbeiter des AmkA empfinden einen engen Kontakt mit ethnischen und religiösen Vereinen als sehr wichtig; gute Beziehungen zwischen der Stadt und den ethnischen und religiösen Vereinen sollen zu einer besseren Integration der Organisationen und ihrer Mitglieder führen. Die Stadt arrangiert daher regelmäßige Treffen, beispielsweise den Frühjahrsempfang im Kaisersaal des Rathauses, und unterstützt die Teilhabe der Vereine – insbesondere auf Stadtteilebene – durch verschiedenste Projekte (vgl. Abschnitt 4.2). Die Vertreter der Stadt werden oft von den Migrantenvereinen eingeladen – z. B. während des islamischen Fastenmonats Ramadan oder zur Feier des jüdischen Neujahrsfestes – und nutzen diese Gelegenheiten, um Kontakte zu den Organisationen aufzubauen und zu festigen. Somit stehen die Oberbürgermeisterin, die Leiterin des AmkA und andere Mitarbeiter des Amtes in regelmäßigem Kontakt zu ethnischen und religiösen Vereinen.



Mit ihrer Integrationspolitik will die Stadt alle Einwohner der Stadt erreichen, unabhängig von deren ethnischem, kulturellem oder religiösem Hintergrund. Ein spezieller Ansatz für einzelne religiöse oder ethnische Gruppen wird als unnötig und unangemessen betrachtet. Religiöse Gruppen werden bei der Ausübung ihrer Religion unterstützt. Dies schließt auch das städtische Engagement bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung ein. Im Rahmen des Antirassismustages der Vereinten Nationen erließ die Stadt 1990 eine ‚Erklärung zu Rassismus und Antisemitismus‘ und bekräftigte sie nochmals im Jahr 2000. Dabei erklärte sie, dass die Stadt gegen rassistische und antisemitische Tendenzen kämpfen muss, um ein friedliches Zusammenleben der Einwohner unterschiedlicher Kulturen sicherzustellen.

4.1.3 Politische Teilhabe der Migranten

Diejenigen Einwohner mit Migrationshintergrund, die im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit oder Staatsbürger eines anderen EU-Landes sind, haben auf der kommunalen Ebene sowohl ein aktives als auch ein passives Wahlrecht, d.h. sie können selbst wählen und auch als Vertreter politischer Parteien in die Stadtverordnetenversammlung gewählt werden oder als Mitglied des Magistrats ernannt werden. Von den momentan 93 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung haben zehn einen Migrationshintergrund: vier Mitglieder haben einen türkischen und jeweils drei einen griechischen bzw. italienischen Hintergrund. Der Magistrat hat gegenwärtig 26 Mitglieder von denen zwei einen Migrationshintergrund haben.

Für ausländische Bürger – sowohl EU-Bürger als auch Drittstaatsangehörige – und ihre Belange gibt es zudem eine Kommunale Ausländervertretung (KAV). Deren 37 Mitglieder werden direkt von Frankfurts ausländischer Bevölkerung gewählt. Sie können an allen städtischen Ausschüssen teilnehmen und der Stadtverordnetenversammlung wie auch der Stadtverwaltung beratend zur Seite stehen. Obwohl die KAV enge Kontakte zur Stadt und insbesondere zum AmkA pflegt, wurde ihre Arbeit von einem ihrer Mitglieder als frustrierend beschrieben, da die KAV lediglich ein Beratungsgremium ist und als solches in der Praxis kaum Einfluss ausüben kann.

4.2 Interkulturelle Initiativen zur Verbesserung von Intergruppenbeziehungen

In Frankfurt gibt es zahlreiche, teilweise regelmäßig durchgeführte Aktivitäten, die darauf abzielen, die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gruppen in der Stadt zu verbessern. Nachfolgend werden die Aktivitäten, die während der Interviews am häufigsten genannt und gelobt wurden, kurz beschrieben.



4.2.1 Beratung und finanzielle Unterstützung für Migrantenorganisationen

Wie bereits erwähnt, gibt es in der Stadt Frankfurt zahlreiche Migrantenvereine, die sich für den interkulturellen Dialog und die Bewahrung und Vermittlung kultureller Traditionen einsetzen. Dabei werden sie vom AmkA unterstützt. Das AmkA berät Migrantenvereine bezüglich der Zusammenarbeit mit anderen (Migranten-) Organisationen oder der Stadt, liefert Informationen über rechtliche Angelegenheiten oder Vereinsgründungen und kann Hilfe bei der Organisation und Durchführung von Projekten bieten. Im Jahr 2008 führte das AmkA etwa 245 Beratungsgespräche mit Vertretern von Migrantenvereinen.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die finanzielle Unterstützung von Projekten: Dem AmkA stehen Mittel zur Finanzierung der Aktivitäten und Projekte der Migrantenvereine zur Verfügung. Es kann Projekte unter der Voraussetzung finanziell unterstützen, dass diese die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen in Frankfurt sowie die Integration der Vereine in die städtische Gesellschaft verbessern. Religiöse Projekte dürfen von der Stadt hingegen nicht finanziert werden. Jährlich erhalten 100 bis 150 Projekte eine finanzielle Unterstützung vom AmkA, im Jahr 2008 waren es etwa 150. Zudem organisierte das AmkA rund 20 Veranstaltungen selbst. Für solche Aktivitäten und Förderungen gibt das Amt etwa 150.000 Euro pro Jahr aus. Zudem können Migrantenvereine bestimmte Räume für ihre Aktivitäten nutzen, deren Mieten die Stadt übernimmt. Des Weiteren können Migrantenvereine für einzelne kulturelle Veranstaltungen auch Mittel des Kulturamtes beantragen.

Da zahlreiche Anträge aus unterschiedlichsten Gründen abgelehnt werden mussten, begann das AmkA, individuelle Beratungsgespräche für Migrantenorganisationen anzubieten, in denen zum einen besprochen werden kann, welche Projekte finanzierungsberechtigt sind und zum anderen, wie entsprechende finanzielle Hilfen beantragt werden können. Dank dieser effektiven Beratung kann heute fast allen Anträgen auf finanzielle Unterstützung stattgegeben werden; nur wenige werden – meist aufgrund ihrer religiösen oder politischen Ausrichtung – abgelehnt.

Zusätzlich zu den Einzelprojekten unterstützt die Stadt zwei Maßnahmen mittels einer kontinuierlichen institutionellen Förderung, da sie diese als wichtig erachtet, als öffentliche Behörde jedoch nicht selbst organisieren könnte: Sie unterstützt ein Projekt für Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus mit jährlich rund 25.000 Euro und ein Beratungszentrum für Sinti und Roma mit rund 18.000 Euro pro Jahr.

4.2.2 Migranten als Mediatoren und Multiplikatoren

Die Stadt Frankfurt führt mehrere Projekte in enger Kooperation mit Migranten durch. Für einige werden Einwohner mit Migrationshintergrund als Mediatoren und/oder Multiplikatoren ausgebildet. Solche Initiativen nutzen die Chancen, die sich aus der heterogenen Bevölkerung Frankfurts ergeben, beispielsweise Sprachkenntnisse oder interkulturelle Kompeten-



zen, um die Integration einzelner effektiv unterstützen zu können, Konflikte zu lösen und Problemen vorzubeugen.

Das HIPPY-Projekt

Das Projekt HIPPY („Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters“ bzw. Hausbesuchsprogramm für Eltern mit Vorschulkindern) will Migranteneltern bei der Vorbereitung ihrer Kinder auf die Schule unterstützen. Über einen Zeitraum von zwei Jahren erhalten Vorschulkinder im Alter zwischen vier und sechs Jahren wöchentlich ein Paket mit Lernspielen. HIPPY-Trainerinnen bringen diese Pakete in die Familien und erklären den Eltern dabei anhand von Rollenspielen, wie sie die Aktivitäten mit ihren Kindern durchführen können und üben den Umgang mit den Materialien. Die Trainerinnen haben einen Migrationshintergrund, sprechen die Sprache der Eltern, nehmen selbst mit ihren Kindern am Programm teil und wurden speziell für das HIPPY-Projekt als Mediatoren ausgebildet. Eine AmkA-Mitarbeiterin koordiniert das Projekt und organisiert regelmäßige Gruppentreffen mit den Mediatoren.

Das Projekt Ausbildungsorientierte Elternarbeit – AOE

Das so genannte AOE-Projekt hat ähnliche Ziele: Eltern mit Migrationshintergrund sollen über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem sowie über verwandte Themen wie Legasthenie, Hyperaktivität, Berufsberatung und Mehrsprachigkeit informiert werden. Um die Zielgruppe besser zu erreichen, führt das AmkA diese Informationsveranstaltungen nicht selbst durch, sondern kooperiert hierfür eng mit Migrantenvereinen und Schulen: Das AmkA schult interessierte Vereinsmitglieder mit Migrationshintergrund zu den oben genannten Themen. Diese agieren dann als Mediatoren, indem sie Workshops in Migrantenorganisationen und Schulen durchführen und Migranten in deren Muttersprache beraten. Das Projekt wurde 1997 ins Leben gerufen und wird nach Auskunft der Interviewpartner sowohl von den Teilnehmern als auch der Stadt sehr geschätzt. Gegenwärtig beraten etwa 60 Mediatoren aus 35 Migrantenvereinen und Schulen andere Zuwanderer und führen Workshops in 17 verschiedenen Sprachen durch.

Stadtteilvermittlung

Einwohner Frankfurts, die in Nachbarschaftskonflikte verwickelt sind, können sich mit ihren Problemen an das AmkA wenden, das 1996 ein Projekt zur Vermittlung in multiethnischen Nachbarschaften entwickelte. Engagierte Einwohner mit verschiedenen sprachlichen und beruflichen Hintergründen werden im Rahmen dieses Projekts zu ehrenamtlichen Mediatoren ausgebildet, die bei Nachbarschaftskonflikten hinzu gerufen werden, um den Konflikt zu analysieren, die Konfliktparteien zusammenzubringen und bei Diskussionen zu vermitteln. Abhängig von der Art des Konflikts wird ein passender Mediator aus einem Mediatorenpool ausgewählt. Sie werden vom Mediationszentrum des AmkA unterstützt, welches für die technische Organisation, die Weiterleitung von Anfragen sowie die Einbeziehung der loka-



len Behörden und Institutionen verantwortlich ist. Konflikte werden in enger Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen wie Polizei, Wohnungsbauunternehmen, Wohlfahrtsverbänden und regionalen Ausschüssen zu lösen versucht.

Laut einiger Interviewpartner hat das Projekt nicht nur dazu beigetragen, die Konflikteskalation zu verhindern; es hat auch die Arbeit der Polizei und lokaler Behörden vereinfacht, engagierte Bürger gestärkt, indem diese Verantwortung in Konfliktsituationen übernommen haben, und sich Ressourcen und Netzwerke bestehender Institutionen zu Nutze machen können. Es trägt zudem zur Verbesserung der Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Stadt bei und kann anderen Städten daher nur zur Nachahmung empfohlen werden.

4.2.3 Polizei und Migrantinnen und Migranten im Dialog

Ein weiteres Beispiel, das zur Verbesserung der Beziehung zwischen Migranten und öffentlichen Stellen, hier insbesondere der Polizei, beiträgt, ist das Projekt ‚Polizei und Migrantinnen und Migranten im Dialog‘. Das Projekt ist aus dem EU-Projekt ‚NGOs and Police Against Prejudice (NAPAP) – Polizei in einer multikulturellen Gesellschaft 1997-1999‘ entstanden und basiert auf der Annahme, dass das Verhältnis zwischen Polizei und einigen Migrantengruppen teilweise angespannt und verbesserungswürdig ist.

Ziel des Projektes ist es, durch den Austausch von Informationen Vorurteile zu überwinden und gegenseitige Anerkennung zu schaffen. Den Polizeibeamten soll die Lebenssituation der Migranten näher gebracht werden, um so Missverständnisse zu vermeiden und der Diskriminierung von Migranten durch die Polizei vorzubeugen. Den Migranten sollen dabei die Rolle der Polizei sowie demokratische Strukturen und Gesetze näher gebracht werden.

Um diese Ziele zu erreichen, wurden Seminare angeboten.¹⁶ Zunächst gab es ein Seminar für Polizisten, in dem sie über Probleme mit Migranten diskutieren und eine Liste mit Wünschen an Migranten erstellen konnten. Zudem wurden sie interkulturell geschult und mit negativen Erfahrungen konfrontiert, die Migranten mit der Polizei hatten. Das zweite Seminar richtete sich an Vertreter der Migrantenvereine und NROs und sollte diese als Multiplikatoren über die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Polizei informieren. Dabei konnten die Teilnehmer Wünsche an die Polizei formulieren. Am dritten Seminar nahmen dann alle Beteiligten teil. Sie konnten dabei Kontakt zueinander aufbauen und konstruktiv über ihre Wünsche und wichtige Themen diskutieren. Eine gemeinsame Erklärung über die Ziele des Projekts wurde als Ergebnis des Programms im Februar 2007 angenommen.

¹⁶ Hierfür entstand eine Kooperation zwischen dem AmKA, dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main, den Ausländerbeauftragten der Frankfurter Polizei, der Hessischen Polizeischule Wiesbaden, Migranten-, Flüchtlings- und anderen Vereinen sowie externen Moderatoren.



Das Projekt sah sich verschiedenen Herausforderungen ausgesetzt, beispielsweise den wenigen Personen und Vereinen, die bereit waren, überhaupt an dem Projekt teilzunehmen, Kommunikationsschwierigkeiten und dem Mangel an konkreten Ansprechpartnern in den Vereinen. Dennoch wird dieses Modellprojekt – laut Aussage der interviewten Personen der Polizei und der Stadtverwaltung – sowohl für die Polizei als auch für die teilnehmenden Migranten als Erfolg gesehen. Die Polizei begann einen Prozess der interkulturellen Öffnung und baute wichtige Kontakte auf, um die Kommunikation mit Migrantengruppen zu verbessern. Die Migranten bekamen einen Einblick in die Arbeit der Polizei, trafen Kontaktpersonen und konnten ihre Erfahrungen als Multiplikatoren teilen. Ein Ergebnis des Projekts war die Gründung eines Stammtisches ‚Polizei und Migranten‘, der in unregelmäßigen Abständen zusammenkommt und so dafür sorgt, dass die Kontakte erhalten bleiben und die Ziele des Projekts im Auge behalten werden.

4.2.4 Zusammenleben im Stadtteil

Die zahlreichen religiösen Gemeinden in Frankfurt wirken sich direkt auf das Leben ihrer Mitglieder und auch auf das Zusammenleben aus – vor allem auf der Stadtteilebene. Bei Gesprächen und Vermittlungen in den Stadtteilen wurde durch das AmkA immer wieder festgestellt, dass der Kontakt und das Wissen voneinander sowohl bei Zuwanderergemeinden wie bei Vertreterinnen und Vertretern der Stadtteile verbessert und intensiviert werden müsste. Damit war die Hoffnung verbunden, das Zusammenleben im Stadtteil zu fördern. Aufgrund der verbesserten Kontakte sollte eine Basis geschaffen werden, potentielle Konflikte vor Ort schon im Entstehen im direkten Gespräch miteinander klären zu können, ohne professionelle Vermittler einschalten zu müssen.

Auf der Grundlage dieser Idee wurde das Konzept ‚Zusammenleben im Stadtteil‘ entwickelt, das modellhaft in den Jahren 2006 und 2007 in einem Ortsbezirk in Frankfurt durchgeführt wurde, in dem es zu Spannungen zwischen den verschiedenen religiösen Gemeinden (vor allem muslimischen Gemeinden) und den Einwohnern gekommen war. Ziel war es, Begegnung, Kennenlernen und eine bessere Grundlage stadtteilbezogener Zusammenarbeit zwischen Multiplikatoren im Stadtteil und Vertretern religiöser Zuwanderergemeinden zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, veranstaltete das AmkA Seminare über das Leben in der Nachbarschaft, potentielle Konflikte und deren Lösung sowohl für die Multiplikatoren als auch die Vertreter der religiösen Gemeinden. Nachdem diese getrennt voneinander geschult wurden, wurden alle Teilnehmer zu einem weiteren Seminar eingeladen, in dem sie sich kennen lernen und wichtige Angelegenheiten besprechen konnten. Aus diesen Veranstaltungen heraus gründeten sich zwei Arbeitsgruppen aus Vertretern der Moscheevereine und Multiplikatoren, die sich regelmäßig treffen und zusammenarbeiten. Zudem arbeitet eine muslimische Gemeinde nun aktiv in den Arbeitskreisen eines Stadtteils mit (vgl. Klinger 2009). Laut Interview mit der verantwortlichen Mitarbeiterin des AmkA wurden die Semina-



re gut von den Teilnehmern angenommen. Das Projekt gilt als Erfolg, da sich die Kontakte der Beteiligten vor Ort verbessert haben.

4.2.5 Der Rat der Religionen

Um Spannungen und interreligiöse oder interkulturelle Konflikte zu vermeiden, bestehende Konflikte zu lösen und das friedliche Zusammenleben der Religionen zu stärken, wurde am 1. April 2009 der Rat der Religionen gegründet. Das Bemerkenswerte an diesem Rat ist, dass er nicht „von oben“, sondern „von unten“ („bottom-up“) gegründet wurde: Der Gründung ging eine fünfjährige Vorbereitungszeit durch einen privaten Initiativkreis voraus, der aus Vertretern der vier in Frankfurt größten Religionsgemeinschaften – Christentum, Judentum, Islam und Buddhismus – bestand.

Gegenwärtig gehören 23 Vertreter aus neun Religionsgemeinschaften dem Rat der Religionen an. Dies sind fünf Vertreter der christlichen Gemeinden (darunter zwei der katholischen Kirche, ein Vertreter der evangelischen Kirche, einer der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen und einer des Internationalen Konvents christlicher Gemeinden in Rhein-Main), vier Vertreter muslimischer Gemeinden sowie einer der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinde, drei Vertreter jüdischer Gemeinden, zwei Vertreter buddhistischer Gemeinden, ein Vertreter hinduistischer Gemeinden, zwei Vertreter der Sikh-Gemeinden, zwei der Bahá'í-Gemeinden und ein Vertreter der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen).

Abbildung 9: Mitglieder des Rates der Religionen (2009)



Quelle: <http://www.rat-der-religionen.de/4.html>

Der griechisch-orthodoxe Pfarrer Athenagoras Ziliaskopoulos von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen ist der erste Vorsitzende des Rates, die evangelische Pfarrerin und Verantwortliche für interreligiösen Dialog, Ilona Klemens, ist die Leiterin der Geschäftsstelle.



Die Stadt Frankfurt ist kein formelles Mitglied des Rates, da sie dessen Unabhängigkeit als wichtig erachtet. Die Stadt, insbesondere die Mitarbeiter des AmkA und die Leiterin des Dezernats für Integration, Nargess Eskandari-Grünberg, hat die Entwicklung und Gründung des Rates der Religionen jedoch unterstützt und sieht ihn als wichtigen Partner.

Der Zweck des Rates ist die Förderung von Religionen durch den Dialog zwischen ihnen. Verwirklicht werden soll dieser durch (1) Beratung der Mitgliedsgemeinschaften und anderer Religionsgemeinschaften, (2) Zusammenarbeit mit den städtischen Einrichtungen, sowie Behörden, Vereinen, Institutionen und Gesellschaften in der Stadt und (3) Seminare, Tagungen, Veröffentlichungen, interreligiöse Veranstaltungen und Projekte.

Das Ziel des Rates ist, sich mit gesellschaftlichen und politischen Themen in der Stadt zu beschäftigen und – als interreligiöse Instanz – Stellung zu Fragen des Zusammenlebens zu nehmen und den Kontakt, die Vernetzung und das gegenseitige Verständnis unter den in Frankfurt vertretenen Religionen zu fördern. Diese Unterstützung des interreligiösen Dialogs soll sich, auch in Zusammenarbeit mit der Kommune, positiv und konfliktreduzierend auf das Zusammenleben auswirken und wichtige Signale an die örtlichen Gemeinden und die Stadtöffentlichkeit senden.

Es ist noch zu früh, um beurteilen zu können, inwiefern die Ziele des Rates erreicht wurden und was er tatsächlich bewirken kann. Dennoch ist bereits die Gründung des Rates ein weiterer Schritt in Richtung eines erfolgreichen interreligiösen Dialoges und verbesserter Beziehungen zwischen den religiösen Gemeinden und der Stadt sowie zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften. Dank des Rates haben Mitglieder verschiedener Gemeinden Kontakte und ein Netzwerk entwickelt, das deren Aktivitäten verbessern kann. Der Rat begann auch mit der Arbeit zu Themen des alltäglichen Lebens: Gegenwärtig versucht er, eine Krankenhauseelsorge für alle religiösen Gruppen in Frankfurt einzuführen; zudem organisiert er das Eröffnungsgebet für die Interkulturellen Wochen 2009 (siehe unten).

Laut Aussagen der interviewten Mitglieder des Rates der Religionen, der Mitarbeiter der Stadt und anderer Interviewpartner wird der Rat der Religionen als wichtige Institution zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens der religiösen Gruppen und der Integration der Religionsgemeinschaften in die lokale Gesellschaft geschätzt. Die Arbeit des Rates wurde von dessen Vorsitzendem als „Bau von Brücken“ bezeichnet. Nichtsdestoweniger äußerten einige Interviewpartner, beispielsweise Vertreter der KAV und des Stadtrates, auch Kritik – vor allem, weil die größte muslimische Gruppe, die DİTİB, gegenwärtig kein Mitglied ist. Zudem wünschen sich einige Interviewpartner eine kritischere Debatte zwischen den religiösen Gruppen. Dessen ungeachtet wird der Rat der Religionen von allen Experten als Good-practice-Projekt zur Förderung des interreligiösen Dialoges in Frankfurt betrachtet.



4.2.6 Die Interkulturellen Wochen

Die jährlichen Interkulturellen Wochen in Frankfurt sind Teil der bundesweiten Kampagne, die in mehr als 270 Städten deutschlandweit stattfindet. Sie wurde von der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-orthodoxen Metropole initiiert und wird von (Migranten-)Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Ausländerbeiräten, Integrationsbeauftragten und Stadtverwaltungen unterstützt. Das nationale Motto für 2009 lautet „Misch mit!“. In Frankfurt umfassen die Interkulturellen Wochen drei Wochen, in denen viele Veranstaltungen und Vorträge in der Stadt angeboten werden.

Dabei werden verschiedene Ziele verfolgt. Erstens strebt das Projekt danach, alle Einwohner Frankfurts – ungeachtet ihres ethnischen und religiösen Hintergrundes – darin zu bestärken, zusammen in der Stadt zu leben und zu arbeiten. Zweitens schaffen sie eine öffentliche Diskussionsplattform für Integrationsthemen und geben Gruppen die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen und sich mit anderen auszutauschen. Drittens zielen die Interkulturellen Wochen darauf ab, Vorurteile und Stereotypen abzubauen und Diskriminierung zu bekämpfen. Zudem bieten sie Gelegenheiten, Netzwerke zu schaffen und einen Dialog zwischen den Gruppen aufzubauen.

Alle Einwohner und Vereine Frankfurts sind zur Teilnahme eingeladen. Sie können individuell bestimmen, wie sie aktiv werden: Alles, von Ausstellung, Podiumsdiskussionen, Touren, Kochkursen, Sportveranstaltungen bis hin zu interkulturellen Festivals, ist erlaubt und wird unterstützt – unter der Voraussetzung, dass es im Zusammenhang mit dem Motto steht und Dialog und Netzwerke zwischen den Gruppen fördert. Die Interkulturellen Wochen werden als eines der wichtigsten Projekte in Frankfurt angesehen. Alle Mitarbeiter des AmkA, die im Rahmen der CLIP-Städtebesuche interviewt wurden, betonten die Bedeutung des Projekts und bezeichneten es als Good-practice-Beispiel in der Stadt.

4.2.7 Die ‚Frankfurter Bühne‘

Die ‚Frankfurter Bühne‘ ist Teil des städtischen Museumsuferfestes, das jährlich am letzten Augustwochenende stattfindet. Das Fest ist eine gut besuchte dreitägige kulturelle Veranstaltung mit Live-Musik und verlängerten Öffnungszeiten vieler Frankfurter Museen. Die ‚Frankfurter Bühne‘ wird vom AmkA organisiert und veranstaltet. Sie will den Besuchern des Fests Frankfurts immense kulturelle Vielfaltigkeit, die sich durch die Zuwanderung in die Stadt entwickelt hat, näher bringen.



Abbildung 10: Eindrücke von der ‚Frankfurter Bühne‘ (2008)



Quelle: <http://www.frankfurter-buehne.de/html/2008.html>

Auf der ‚Frankfurter Bühne‘ erhalten lokale Kulturvereine – und somit etwa 900 Künstler – die Möglichkeit, ihre vielfältigen Talente zu zeigen. Die Gruppen tanzen, singen, präsentieren Akrobatik und Musik; die verschiedensten Genres sind dabei vertreten. Die Frankfurter Bühne ist sehr beliebt und zieht ein großes Publikum an. Alle interviewten Mitarbeiter des AmkA nannten sie als Good-practice-Beispiel, da sie die Teilhabe der Organisationen und die Bildung von Netzwerken unterstützt und dazu beiträgt, dass die kulturelle Vielfalt der Frankfurter Bevölkerung sichtbar und anerkannt wird.

4.2.8 Projekte zur Verbesserung der Beziehungen zu Muslimen

Trotz Frankfurts allgemeinen Ansatzes, der keine besonderen Maßnahmen für spezielle ethnische oder religiöse Gruppen vorsieht, hat die Stadt verschiedene Projekte entwickelt, die sich auf Muslime konzentrieren:

- ▶ Seit drei Jahren organisiert die Stadt eine jährliche Informationsveranstaltung für muslimische Gemeinden und das Bundesamt für Verfassungsschutz, bei der sich die Gruppen treffen und austauschen können.
- ▶ Das Projekt ‚Zusammenleben im Stadtteil‘ (vgl. Abschnitt 4.2.4) zielt auf die Verbesserung der Beziehung zwischen den Einwohnern und lokalen Religionsgemeinschaften, insbesondere muslimischen Gemeinden.
- ▶ Die Polizei – in Zusammenarbeit mit dem AmkA – ist gegenwärtig dabei, ein neues Projekt zu planen, das den Dialog zwischen Muslimen und der Polizei verbessern soll. Auf ähnliche Weise wie im Programm ‚Polizei und Migranten im Dialog‘ (vgl. Abschnitt 4.2.3) sollen beide Gruppen geschult und dann in einem Seminar zusammengebracht werden, um über gemeinsame Themen und Herausforderungen zu diskutieren.



- ▶ Aktuell wird ein Netzwerk für muslimische Frauen geschaffen. Das ‚Kompetenzzentrum muslimischer Frauen Rhein-Main‘ wurde von Muslimas, die sich aktiv in verschiedenen Vereinen engagieren, in einem ‚bottom-up‘-Prozess gegründet. Die Stadt Frankfurt unterstützt diese Initiative. Ziel des Zentrums ist es, ein Netzwerk für muslimische Frauen und einen Platz, an dem sie sich außerhalb der Moscheen treffen können, zu schaffen. Muslimische Frauen sollen dadurch gestärkt und ihre Integration in die Gesellschaft unterstützt werden. Die drei ‚Pfeiler‘ des Zentrums sind: (1) Bildung, z. B. interkulturelles Training oder Kurse in der Muttersprache der Frauen, (2) Treffen und (3) Beratung, beispielsweise über das deutsche Schulsystem.
- ▶ Parallel gründet die Stadt aktuell eine Arbeitsgruppe für muslimische Frauen, die in Moscheevereinen aktiv sind, um diese weiterzubilden, zu qualifizieren, zu stärken und zu vernetzen.
- ▶ Eine weitere Arbeitsgruppe, die in den Gründungsschuhen steckt, nennt sich ‚Jugendarbeit in den Moscheevereinen‘. Sie wurde von der Stadt in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Islamforum und dem Frankfurter Jugend- und Sozialamt im Anschluss an ein Seminar zu diesem Thema initiiert. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, junge Muslime, die in die Jugendarbeit ihrer Gemeinden eingebunden sind, zu qualifizieren. Die Moscheevereine wünschten sich solch ein Projekt, um Hilfe bei ihrer Jugendarbeit zu erhalten. Laut Aussage der Stadt sind diese Arbeitsgruppe und das Qualifizierungs- und Professionalisierungsprogramm sehr beliebt bei den Teilnehmern.
- ▶ Um spezifische religiöse Bedürfnisse muslimischer Gemeinden zu befriedigen, begann die Stadt schon in den 1960er Jahren damit, einen Teil des Friedhofs für Beerdigungen nach islamischem Recht zu reservieren. In Zusammenarbeit mit dem städtischen Grünflächenamt hat das AmKA eine Broschüre herausgegeben, die über die Möglichkeiten, Beerdigungen nach islamischem Recht in Frankfurt durchzuführen und über Ansprechpersonen informiert.

4.2.9 Maßnahmen gegen Radikalisierung

Die Stadt Frankfurt setzt keine Vorkehrungen um, die sich speziell darauf konzentrieren, Radikalisierung vorzubeugen. Sie hat jedoch Programme, die indirekt Radikalisierung bekämpfen.

- ▶ Zunächst führte die Stadt eine Reihe von Maßnahmen ein, die sozial benachteiligte Personen unterstützen sollen, da Armut und soziale Segregation als Brutstätte für radikale Tendenzen erachtet werden.
- ▶ Des Weiteren bekämpft die Stadt Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung: Sie veröffentlichte die ‚Erklärung zu Rassismus und Antisemitismus‘ (vgl. Abschnitt 4.1.2), organisierte eine Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit und Festivals



zu diesem Thema und richtete eine Antidiskriminierungsstelle ein. Die Stadt ist auch mit anderen lokalen Akteuren vernetzt.

- ▶ Ein Programm, das darauf abzielt, radikalen Tendenzen der muslimischen Minderheit zu begegnen, indem es Vereine ermutigt, sich aktiv im Stadtteil zu engagieren, ist das Projekt ‚Zusammenleben im Stadtteil‘ (vgl. Abschnitt 4.2.4). Des Weiteren kann das Projekt ‚Polizei und Migrantinnen und Migranten im Dialog‘ (vgl. Abschnitt 4.2.3) auch als Mittel zur Vermeidung radikaler Tendenzen betrachtet werden, da es die Polizei und Migrantengruppen zusammenbringt und Letzteren ein besseres Verständnis der demokratischen Strukturen und der Rolle der Polizei vermittelt. Zudem könnte das Projekt auch die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und Migrantengruppen bei der Bekämpfung von rechtsextremen und ausländerfeindlichen Aktionen verbessern.
- ▶ Die Polizei spielt eine spezielle Rolle beim Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus. Es gibt in jedem Polizeipräsidium Ausländerbeauftragte, die in engem Kontakt zu Migrantenvereinen stehen sowie Jugendkoordinatoren mit Kontakten zu Jugendlichen. Gute Beziehungen existieren mit Vereinen, Jugendclubs und Schulen. Die Polizei beobachtet alle Vorkommnisse in der Stadt; sobald radikale Tendenzen oder Probleme auftreten, spricht sie mit den beteiligten Personen. Obwohl die meisten der Präventionsprogramme nicht speziell an Migrantengruppen gerichtet sind, kann die Polizei die Programme an die Bedürfnisse dieser Gruppen anpassen und geschulte Mitarbeiter in die Communities schicken, um dort über polizeibezogene Themen zu reden. Zudem veranstaltet die Polizei Anti-Gewalt-Seminare an Schulen, um Kinder für Themen wie Rassismus zu sensibilisieren.

4.3 Öffentlichkeitsarbeit: Strategien der Stadtverwaltung und der lokalen Medien

Intergruppenbeziehungen auf lokaler Ebene werden auch durch öffentliche Diskurse beeinflusst. Auf diese wiederum haben die kommunale Verwaltung, Politiker und die lokale wie überregionale Presse einen großen Einfluss: Stadt und Medien können mitsteuern, über welche Themen berichtet wird, wie über diese berichtet wird und auch, über welche Themen nicht berichtet wird und beeinflussen somit die Meinungsbildung. Dieses Kapitel betrachtet die städtische Kommunikationsstrategie sowie Praktiken nationaler und lokaler Medien.

4.3.1 Die städtische Kommunikationsstrategie

Das AmkA hat eine eigene Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, die drei Mitarbeiter beschäftigt und über ein eigenes Budget verfügt. Die Abteilung arbeitet eng mit den anderen AmkA-Mitarbeitern und dem städtischen Presse- und Informationsamt zusammen.

Öffentlichkeitsarbeit war für das AmkA seit dessen Gründung ein zentrales Thema. Ein Mitarbeiter bemerkte, dass „Kommunikation das Schlüsselwort für das Amt“ ist. Dessen interner



strategischer Ansatz lautet, jedem Einwohner der Stadt neutrale Informationen zur Verfügung zu stellen. Publikationen und Informationen werden auf Deutsch, aber je nach Thema auch in verschiedenen Zuwanderersprachen herausgegeben, da es für das AmkA wichtig ist, diejenigen Einwohner Frankfurts mit, aber auch die ohne Migrationshintergrund zu informieren. Zudem erreicht das Amt einige seiner Zielgruppen durch persönliche Kontakte, die einen zentralen Bestandteil seiner Öffentlichkeitsarbeit darstellen.

Pressemitteilungen werden ebenfalls als wichtig erachtet. Zum einen war eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Zeitungen schon immer Teil der Öffentlichkeitsarbeit des AmkA, was zu guten Beziehungen zu bestimmten Kontaktpersonen führte. Zum anderen hat das AmkA eine Verteilerliste für ausländische Medien, um auch diejenigen Zuwanderer zu erreichen, die keine deutschen Zeitungen lesen oder deutsches Fernsehen schauen. Die Nutzung ‚neuer‘ Medien – insbesondere des Internets – ist ein weiteres wichtiges Thema für das AmkA. Es begann verhältnismäßig früh damit, dieses Medium zu nutzen und setzt auf Newsletter und elektronische Partizipation.

4.3.2 Medienberichterstattung in Frankfurt

Die zentrale Rolle in der Berichterstattung über Intergruppenbeziehungen und interkulturelle Projekte spielen überregionale und regionale Medien. Über die Darstellung von Migranten in den überregionalen Printmedien und Fernsehsendern wurden diverse Studien durchgeführt. Ein Großteil dieser Studien kommt zu dem Schluss, dass Berichte über Migranten einseitig sind und Stereotypen bekräftigen, indem Migranten häufig als Problemgruppen oder Kriminelle portraitiert werden – begleitet von einer Überrepräsentation und damit einhergehenden negativen Konnotation bestimmter Nationalitäten. Zusätzlich wurden auch Studien über die Darstellung des Islam und der Muslime in den Medien durchgeführt, die zu einem ähnlichen Ergebnis kommen: Der Islam wird oft in einen negativen Kontext eingebettet, was ein unterschwellig bedrohliches und beunruhigendes Bild des Islams schafft. Dieses Phänomen wurde schon in den 1990er Jahren in verschiedenen Forschungsberichten aufgezeigt; nach dem 11. September wurde es jedoch noch offensichtlicher. Seitdem ist der Diskurs in den Medien – sowohl im Fernsehen als auch in den Zeitungen – durch eine häufig negative Darstellung des Islams gekennzeichnet; die Berichterstattung verknüpft den Islam zunehmend mit Terror, Gewalt, Unterdrückung und Antisemitismus. Gleichzeitig verringert sich der Anteil der Medienberichte, die ein positives Bild des Islams zeigen, wie es Berichte über den Islam als Teil des europäischen kulturellen Erbes oder über gelungene Initiativen des interreligiösen Dialogs tun können, oder auch Berichterstattungen über Muslime als Opfer von Terrorismus und religiöser Diskriminierung (vgl. u. a. Hafez 1991, Halm et al. 2006, Lüken-Klaßen und Heckmann 2007, Ruhrmann et al. 2006, Schiffer 2005).

Einige Interviewpartner kritisierten die nationalen Medien aus ebendiesen Gründen. Mit der lokalen Berichterstattung war der Großteil der interviewten Personen mit und ohne Migrationshintergrund hingegen zufriedener. Alle Interviewpartner bemerkten, dass die Medienbe-



richterstattung über migrantenspezifische Themen in Frankfurt im Allgemeinen differenziert und ausgeglichen ist. Dies war jedoch nicht immer der Fall. Laut Aussage einiger Interviewpartner hat sich die Berichterstattung im Laufe der letzten zehn bis 15 Jahre verändert. Während sie vor 20 Jahren noch von negativen Themen wie Ausländerkriminalität und vorurteilsschürenden Darstellungen dominiert war, ist die Berichterstattung heute für gewöhnlich differenzierter – insbesondere die der beiden größten lokalen Zeitungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Frankfurter Rundschau, aber auch anderer Zeitungen und Medien. Insgesamt war die Mehrheit der Interviewpartner mit der Medienberichterstattung über Migranten in Frankfurt zufrieden.

Einige Interviewpartner berichteten jedoch, dass es unter den ethnischen und religiösen Gemeinden eine Überrepräsentation von Muslimen in den Medien gibt. Andere Institutionen wie die KAV und kleine Religionsgemeinschaften, wie Hindus oder Sikhs, erhalten eher wenig Aufmerksamkeit von den Medien. Manchmal beinhaltet die Berichterstattung über diese Religionen sogar inkorrekte Informationen oder negative Stereotypen. Diese Religionsgemeinschaften wünschen sich mehr Medienberichte über ihre Religion und die Aktivitäten der Gemeinden. Ein Grund für die geringe mediale Aufmerksamkeit ist oftmals die fehlende Öffentlichkeitsarbeit der Vereine, die auf einem Mangel an Erfahrung, Personal oder finanziellen Ressourcen beruht. Dennoch haben andere Vereine über die Jahre starke und vertrauensvolle Beziehungen zu den Medien entwickelt und informieren diese regelmäßig über Aktivitäten und Projekte.

Der öffentliche Hessische Rundfunk sendet sehr vereinzelt Programme für Migranten in deren Muttersprache – vorbereitet und vorgetragen von Migranten. Neben den letztgenannten Programmen und einer renommierten Journalistin mit türkischem Hintergrund, die für die Frankfurter Rundschau arbeitet, sind Journalisten mit Migrationshintergrund in Frankfurt selten.

Die Stadt Frankfurt ist ein Medienzentrum, in dem viele ausländische Presseunternehmen – insbesondere die größten türkischen Zeitungen – ihre Zweigstellen haben. Jedoch sind ausländische Printmedien für in Deutschland lebende Migranten nicht mehr so wichtig, wie sie es früher einmal waren. Heute spielen ausländische Fernsehsender und das Internet eine größere Rolle. Zudem nutzen Personen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, in der Regel deutschsprachige Medien.

5 Fazit: Herausforderungen und Empfehlungen

Frankfurt am Main ist mit 676.197 Einwohnern (September 2008) Deutschlands fünftgrößte Stadt und hat eine bunt gemischte Bevölkerung: Während der 1960er Jahre, als Deutschland viele Gastarbeiter anwarb, war Frankfurt ein wichtiges Ziel für Arbeitsmigranten, die vor allem aus südeuropäischen Ländern, wie Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei



stammten. Nach dem Anwerbestopp wurde die Familienzusammenführung die bedeutendste Zuwanderungsform nach Frankfurt. Nach dem Fall der Mauer kamen zudem Aussiedler und Spätaussiedler aus der früheren Sowjetunion, Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und Asylsuchende nach Frankfurt.

Heute haben etwa 38% der Frankfurter Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Die in Frankfurt lebende Migrantenbevölkerung ist durch eine große Vielfalt charakterisiert – sie stammen aus 175 verschiedenen Staaten. Neben der ethnischen Heterogenität der Bevölkerung muss auch ihre religiöse Vielfalt erwähnt werden. Etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung ist römisch-katholisch, etwas weniger als ein Drittel ist evangelisch. Muslime stellen nach dem Christentum die zweitgrößte religiöse Gruppe in Frankfurt. Zwar gibt es keine offiziellen Daten, doch schätzt die Stadt ihre Anzahl auf etwa 75.000 Personen, was einem Anteil von circa 12% an der Gesamtbevölkerung entspricht.

Die Interviewpartner, die im Rahmen der Städtebesuche befragt wurden, charakterisierten die Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen in Frankfurt als gut und ohne nennenswerte Konflikte. Es gibt einige wenige Spannungen zwischen einzelnen ethnischen Gruppen, sowie Nachbarschaftskonflikte, doch im Allgemeinen bestätigten alle Experten das multikulturelle Image Frankfurts als heterogene Stadt, deren Bevölkerung friedlich zusammenlebt. Folglich ist auch Radikalisierung kein wichtiges Thema in Frankfurt. Rechte/extremistische Parteien oder Initiativen haben keinen nennenswerten Einfluss auf die kommunale Politik und finden kaum Rückhalt bei der örtlichen Bevölkerung. Radikalisierung von Migranten ist ebenfalls kein offenkundiges Thema. Einige muslimische Organisationen, die auch in Frankfurt Zweigstellen haben, stehen wegen potentiell islamistischer Tendenzen unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, aber dies sind Einzelfälle, die keinesfalls die muslimischen Gemeinden als Ganzes charakterisieren.

Wichtige Gründe für dieses eher friedliche Zusammenleben scheinen die politischen Rahmenbedingungen und die Aktivitäten des städtischen Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA), das dem Dezernat für Integration angeschlossen ist, zu sein. Das AmkA ist auf Augenhöhe mit anderen städtischen Ämtern und Frankfurts bedeutendster Akteur im Hinblick auf Integrationsmaßnahmen. Sein Erfolg scheint größtenteils auf seiner kontinuierlichen und pragmatischen Arbeitsweise zu basieren; es schätzt die Aktivitäten und Kompetenzen der Migranten und bindet diese aktiv in seine Projekte ein.

- ▶ Das AmkA unterhält regelmäßige Kontakte zu den mehr als 400 lokalen ethnischen und religiösen Migrantenorganisationen: Mitarbeiter bieten Beratung (z. B. zu finanziellen Fragen) sowie administrative und politische Unterstützung an (z. B. beim Bau von Moscheen), sprechen Einladungen zu Empfängen und informellen Gesprächen aus und nehmen Einladungen zu Feiern der Vereine gern an.
- ▶ Das AmkA hat ein spezielles Budget zur Verfügung, um Migrantenorganisationen und deren Aktivitäten zu unterstützen.



- ▶ Ein weiterer Schlüssel zum Erfolg ist die Art und Weise, auf die das AmkA Projekte durchführt: Es initiiert seine Projekte – welche die Integration der Migranten und friedliche Beziehungen zwischen Migranten und Einheimischen fördern sollen – in enger Zusammenarbeit mit externen Partnern, insbesondere Migrantenorganisationen. Nach einem erfolgreichen Start übergibt das AmkA die Verantwortung für seine Projekte an die Migranten-Communities und andere lokale Organisationen und initiiert neue Programme.

Laut Aussagen der zahlreichen Interviewpartner, die im Rahmen des CLIP-Projektes befragt wurden, wird das AmkA als wichtiger Partner von den ethnischen und religiösen Migrantenvereinen sehr geschätzt. Die Philosophie des AmkA – im Besonderen die aktive Einbeziehung und Wertschätzung der Migranten – kann als vorbildhaft angesehen werden, von der andere Städte lernen können. Konkrete Initiativen, die von Interesse für das CLIP-Netzwerk sein könnten, sind die Projekte mit Einwohnern mit Migrationshintergrund als Mediatoren oder Multiplikatoren, wie die Stadtteilvermittlung und das Projekt ‚Polizei und Migranten im Dialog‘, das Bemühen, eine Arbeitsgruppe für Muslimas aufzubauen und der vor kurzem ins Leben gerufene Rat der Religionen.



Literaturverzeichnis

- Asemann, K.H., Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen, Frankfurter Statistische Berichte Nr. 2/3'2005: Frankfurt am Main: Die veränderte Gesellschaft und die Religion, Frankfurt am Main, 2005.
- Bernasko, A./Rech, S., Religionen der Welt. Gemeinden und Aktivitäten in der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, 2003.
- Bernasko, A./Rech, S., Religionen der Welt. Gemeinden und Aktivitäten in der Stadt Frankfurt am Main, Ergänzungsheft zur 2. Auflage, Frankfurt am Main, 2006.
- Borkert, M./Bosswick, W./Heckmann, F./Lüken-Klaßen, D., Local integration policies for migrants in Europe, Luxemburg, 2007.
- Bundesagentur für Arbeit, Statistik (Hg.), Arbeitsmarkt in Zahlen – Kreisreport Frankfurt am Main 01/2006, Nürnberg, 2006.
- Bundesagentur für Arbeit, Statistik (Hg.), Arbeitsmarkt in Zahlen – Kreisreport Frankfurt am Main, 01/2009, Nürnberg, 2009.
- Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Migrationsbericht 2007, Nürnberg, 2008.
- Bundesministerium des Innern (BMI), Deutsche Islam Konferenz (DIK), online unter: www.deutsche-islam-konferenz.de, [12/03/2009], 2009a.
- Bundesministerium des Innern (BMI), Verfassungsschutzbericht 2008 – Vorabfassung, Berlin, 2009b.
- Deutscher Bundestag (Hg.), Islam in Deutschland. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Jürgen Rüttgers, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Wolfgang Zeitlmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU, BT-Drucksache Nr. 14/2301, Berlin, 2000.
- Deutscher Bundestag (Hg.), Stand der rechtlichen Gleichstellung des Islam in Deutschland. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Josef Philip Winkler u. a. und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, BT-Drucksache Nr. 16/2085, Berlin, 2006.
- Dobroschke, W., Bevölkerungsstruktur in den Frankfurter Stadtteilen 2005, S. 74-267 in: Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistische Berichte 2/3'2006, Frankfurt am Main, 2006.
- Dobroschke, W., Ergebnisse der Frankfurter Bürgerbefragung vom Dezember 2007, S. 29-57 in: Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistische Berichte 1'2008, Frankfurt am Main, 2008.
- Fetzer, J.S./Soper, J.C., Muslims and the State in Britain, France and Germany, Cambridge, 2005.
- Frankfurter Rundschau (FR) online, Dossier – Moschee Spezial, online unter: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/dossiers/moschee_spezial/, [09/06/2009], 2009.



- Goldberg, A., Islam in Germany, in: Hunter, S.T. (Hg.), Islam, Europe's Second Religion. The New Social, Cultural and Political Landscape, Washington, D.C., 2002.
- Hafez, K., Das Islambild in der deutschen Öffentlichkeit, in: Die neue Gesellschaft – Frankfurter Heft, Nr. 1/1991, S. 426-432, 1991.
- Halisch, J., Frankfurter Integrationsstudie 2008, Bamberg, 2008.
- Halm, D./Liakova, M./Yetik, Z., Die öffentlichen Diskurse um den Islam in den Jahren 2000 und 2004 und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben von Muslimen und Mehrheitsgesellschaft in Deutschland, in: Zeitschrift für Ausländerechte und Ausländerpolitik (ZAR), Vol. 26, Nr. 5-6, S. 199-206, 2006.
- Heckmann, F., From Ethnic to Universalistic Immigrant Integration: Germany, S. 45-78 in: Heckmann, F./Schnapper, D. (Hg.), The Integration of Immigrants in European Societies, Stuttgart, 2003.
- Heckmann, F., Integrationsweisen europäischer Gesellschaften: Erfolge, nationale Besonderheiten, Konvergenzen, S. 204-244 in: Bade, K.J./Bommes, M./Münz, R. (Hg.), Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt am Main/New York, 2004.
- Heckmann, F., Foundations of Intercultural Dialogue and Intercultural Policies. Concept Paper for the 3rd Module of CLIP, präsentiert auf der CLIP-Konferenz in Malmö, Dezember 2008.
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Verfassungsschutz in Hessen – Bericht 2008, Wiesbaden, 2009.
- Klinger, V., Dialog und Konflikt – Beispiele aus der Praxis. Projekt: Zusammenleben im Stadtteil, unveröffentlichtes Dokument von 2009.
- Lüken-Klaßen, D./Heckmann, F., Transatlantic Discourse on Integration. The Impact of the Media on the Integration Process in Europe and the United States. A Conference Report, Bamberg, 2007.
- Miksch, J., Abrahamische und Interreligiöse Teams, Interkulturelle Beiträge Nr. 21, Frankfurt am Main, 2003.
- Özcan, V., focus Migration. Länderprofil Deutschland, online unter: <http://focus-migration.de>, 2007.
- Rech, S., Frankfurt am Main als Beispiel für eine multireligiöse Stadt, S.110-123 in: Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main and Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Religion und Migration, Frankfurt am Main, 2007.
- REMID Religionswissenschaftlicher Medien und Informationsdienst e.V., Religionen in Deutschland: Mitgliederzahlen, online unter: http://www.remid.de/remid_info_zahlen.htm, [03/03/2009], 2009a.
- REMID Religionswissenschaftlicher Medien und Informationsdienst e.V., Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Deutschland, Marburg, 2009b.
- Ruhrmann, G./Sommer, D./Uhlemann, H., TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten – Von der Politik zum Terror, S. 45-75 in: Geißler, R./Pöttker, H. (Hg.), Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich, Bielefeld, 2006.
- Sautter, H., Wohnraumbericht Frankfurt am Main, Darmstadt, 2004.



- Schiffer, S., Die Darstellung des Islams in der Presse: Sprache, Bilder, Suggestionen: Eine Auswahl von Techniken und Beispielen, Würzburg, 2005.
- Schröpfer, W., Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistische Berichte Nr. 4'2007: Muslime in Frankfurt am Main – Ergebnisse einer Schätzung, Frankfurt am Main, 2007.
- Stadt Frankfurt am Main; der Magistrat (Hg.), Frankfurter Erklärung zu Rassismus und Antisemitismus, Frankfurt am Main, 2000.
- Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurt Statistische Berichte Nr. 4'2004: Demographische Kurzportraits für ausländische Nationalitäten in Frankfurt, Frankfurt am Main, 2004.
- Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistische Berichte 1'2006: Deutsche Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund, Frankfurt am Main, 2006.
- Stadt Frankfurt am Main; Jugend- und Sozialamt (Hg.), Frankfurter Freizeitwelten. Untersuchung zum Freizeitverhalten Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10, Frankfurt am Main, 2007.
- Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistik Aktuell Nr. 31'2008: Einwohnerstand und Einwohnerbewegung in Frankfurt am Main – Drittes Quartal 2008, Frankfurt am Main, 2008a.
- Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistik Aktuell Nr. 20'2008: Frankfurt am Main in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main: Erwerbstätigkeit 2006, Frankfurt am Main, 2008b.
- Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2008, Frankfurt am Main, 2008c.
- Stadt Frankfurt am Main (Hg.), Bericht zu den Anträgen: Friedliches und freiheitliches Zusammenleben in Frankfurt am Main: Integrationsvereinbarung für Frankfurt prüfen, Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, Fraktion ‚Die Grünen im Römer‘ und FDP-Fraktion vom 04.10.2007, Nr. 636 und Frankfurt benötigt eine Integrationsvereinbarung mit den religiösen Migrantengruppen, Anregung der KAV vom 23.10.2007, K23, Frankfurt am Main, 2009a.
- Stadt Frankfurt am Main (Hg.): Integrationspolitik – Zum Selbstverständnis städtischer Integrationspolitik, online unter: <http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2886>, 2009b.
- Stadt Frankfurt am Main (Hg.), Website des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, online unter: <http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=7017>, 2009c.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Presseexemplar, Wiesbaden, 2006.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2007, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden, 2008.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1, Reihe 2, Wiesbaden, 2009.



Interviewpartner

Die folgenden Frankfurter Experten wurden im März und Juni 2009 interviewt:

Blum, Dr. Eva Maria; Mitarbeiterin des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Eskandari-Grünberg, Nargess Dr.; Leiterin des Dezernats für Integration der Stadt Frankfurt am Main,

Gardezi, Jaganat; Vorsitzender des Afghan-Hindu Kulturvereins, Mitglied im Rat der Religionen

Gülegen, Enis; Vorsitzender der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) der Stadt Frankfurt am Main

Gülsin, Zeynep; Mitarbeiterin des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Kaymakci, Ünal; Vorstandsmitglied der *Hazra-Fatima-Zehra* Organisation, Präsident der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH), stellvertretender Vorsitzender des Rates der Religionen

Kebaili, Dr. Akli; Mitarbeiter des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Khalil, Nassif; Ausländerbeauftragter des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main

Klemens, Ilona; Evangelische Pfarrerin, Verantwortliche der evangelischen Kirche in Frankfurt am Main für Ökumene und interreligiösen Dialog, Leiterin der Geschäftsstelle des Rates der Religionen

Klinger, Vera; Mitarbeiterin des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Makowski, Martina; Mitglied im Kompetenzzentrum Muslimischer Frauen Rhein/Main

Müller-Handl, Uta; Mitarbeiterin des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Nagel, Helga; Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Rech, Stefan; freiberuflicher Anthropologe, Experte für religiöse Migrantenorganisationen in Frankfurt

Singh, Khushwant; Gurdwara Sikh Centre Frankfurt, Mitglied im Rat der Religionen

Topcu, Canan; Redakteurin und Journalistin bei der Frankfurter Rundschau

Impressum

Herausgeber:

Stadt Frankfurt am Main, Amt für multikulturelle
Angelegenheiten
Im Rahmen des Projektes CLIP - Cities for Local
Integration Policies
In Zusammenarbeit mit dem europäischen forum
für migrationsstudien (efms), Universität Bamberg

Text:

Doris Lüken-Klaßen und Franziska Pohl (efms)

Druck und Verarbeitung:

Central-Druck Trost GmbH Heusenstamm

Bestellungen an oder Selbstabholung bei:

Amt für multikulturelle Angelegenheiten
Lange Str. 25-27
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069/ 212-301 52
Fax 069/ 212-379 46
E-Mail: publikation.amka@stadt-frankfurt.de
Internet: www.amka.de

1. Auflage Januar 2011

© European Foundation for the Improvement of
Living and Working Conditions, Wyattville Road,
Loughlinstown, Dublin 18, Ireland
Alle Rechte vorbehalten.



Wiegner, Markus; Mitarbeiter des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Will, Mario; Mitarbeiter des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Yüksel, Turgut; Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Ziliaskopoulos, Athenagoras; Archimandrit des Ökumenischen Patriarchats, Bischöflicher Vikar für Hessen und Rheinland-Pfalz, Pfarrer der griechisch-orthodoxen Kirche, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), Vorsitzender des Rates der Religionen